

Metallarbeiter-

Ja

19



Christlicher
Metallarbeiterverband
Deutschlands



125-JAHRE CHRISTLICHE GEWERKSCHAFT METALL

ZWISCHEN WIDERSTAND UND WIEDERAUFBAU

S. 12

Ampel-Aus

Deutschland braucht
Stabilität

S. 31

Mittendrin

Der CGM Kalender für
2025

S. 20

125 Jahre CGM

Jubiläumsfeier im Bezirk
Herrenberg/Böblingen

S. 26

Urlaubsplanung 2025

Aus 24 Urlaubstagen werden bis zu 50 freie Tage

JAHRESWECHSEL 24/25

28.12. - 06.01.
4 Urlaubstage ⇒ 9 freie Tage

OSTERN

12.04 - 27.04.
8 Urlaubstage ⇒ 14 freie Tage

PFINGSTEN

07.06 - 15.06.
4 Urlaubstage ⇒ 9 freie Tage

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

27.09. - 05.10.
4 Urlaubstage ⇒ 7 freie Tage

WEIHNACHTEN/NEUJAHR

22.12. - 01.01.26
4 Urlaubstage ⇒ 11 freie Tage



Unsere Geschichte zeigt,

dass Stabilität und Fortschritt

immer wieder hart erkämpft werden müssen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Unsicherheiten auf Bundesebene durch die zerbrochene Ampelkoalition belasten nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. Umso wichtiger sind in dieser Zeit Signale der Verlässlichkeit und Einigung – gerade in zentralen Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie.

Die Einigung in der Tarifrunde 2024 zeigt, dass trotz widriger Umstände ein gemeinsamer Konsens zwischen den Sozialpartnern möglich ist. In der diesjährigen Entgeltrunde hat sich die CGM erneut in der ihr zugewiesenen Rolle bewiesen. Wir haben uns für faire und zukunftssichere Lösungen eingesetzt, die sowohl die Bedürfnisse der Beschäftigten als auch die Herausforderungen der Betriebe berücksichtigen. Es geht nicht nur um Prozente, sondern darum, Perspektiven zu schaffen – für unsere Mitglieder, ihre Familien und die gesamte Branche.

In diesem Jahr blicken wir ebenfalls auf 125 Jahre CGM zurück. Dieses Jubiläum ist nicht nur ein Anlass, stolz auf unsere Errungenschaften zu sein, sondern auch, uns der Herausforderungen zu erinnern, die uns geprägt haben.

Besonders die Zeit des Nationalsozialismus hat tiefe Spuren hinterlassen. Mit der Gleichschaltungspolitik wurden die christlichen Gewerkschaften, darunter die CGM zerschlagen. Sie wurden zwangsweise in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert. Diese Zerschlagung führte zur Verfolgung und Armut vieler Gewerkschafter. Einige von ihnen fanden den Mut, sich dem Widerstand gegen das NS-Regime anzuschließen. Ihre Standhaftigkeit bleibt für uns ein herausragendes Vorbild.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ordneten die Besatzungsmächte die Gewerkschaftsarbeit in Deutschland neu. Ihre Idee der Einheitsgewerkschaft war für Deutschland prägend. Doch – zum Glück – wurde sie nicht konsequent umgesetzt. Stattdessen entstand mit dem Gewerkschaftsppluralismus ab 1949 ein Modell, das Vielfalt und demokratischen Diskurs förderte. Dies gipfelte schließlich 1956 in der Wiedergründung der CGM.

Unsere Geschichte zeigt, dass Stabilität und Fortschritt immer wieder hart erkämpft werden müssen. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen politische Unsicherheiten und wirtschaftliche Herausforderungen zunehmen, ist unsere Arbeit wichtiger denn je. Die CGM steht seit 125 Jahren für Solidarität, Mut und soziale Verantwortung.



Ich lade Sie ein, gemeinsam weiter daran zu arbeiten, die Interessen unserer Mitglieder und die Stabilität unserer Wirtschaft zu sichern. Denn nur mit einem starken Fundament können wir eine gerechte und sichere Zukunft gestalten.

Glück auf!

Sebastian Scheder



**INHALTSVERZEICHNIS
DGZ 4-2024**



S. 10

S. 12

TITELTHEMA



125 JAHRE CGM

**Zwischen Widerstand
und Wiederaufbau**



S. 20



S. 26

**NÄCHSTER
REDAKTIONSSCHLUSS
24.01.2025**



S. 30



S. 28

DGZ.
DEUTSCHE GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG



S. 34

■ SEITE 2	2
■ EDITORIAL	3
■ INHALTSVERZEICHNIS	4
■ TARIFGESCHEHEN	6
■ TITELTHEMA	12
125 Jahre CGM - Zwischen Widerstand und Wiederaufbau	12

■ CGM INTERN	26
Wo kommen wir her - wo wollen wir hin?	26
1 Jahr Heizungsgesetz - eine Bestandsaufnahme	28
Bezirksverband Stuttgart in stolz auf seine Mitglieder	28
CGM trauert	29
■ CGM KALENDER 2025	20

■ CGB	30
Abwrackprämie löst nicht die Probleme der Automobilindustrie	30
CGB AG erfolgreich auf CDA-Bundestagung	31
Deutschland braucht Stabilität	31
■ BUCHTIPPS	32
■ RÄTSEL	33

■ FRBW	34
Neuwahlen beim FRBW	34
Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz	34
Seminarübersicht 2025 für Betriebsräte	35
Seminarübersicht 2025 für Vertrauensleute und Bildungsurlauber	36
Renten- und Sozialversicherungsrecht leicht gemacht - Seminar in Bad Füssing	37
Das jüdische Leben in Berlin	37
Betriebsgruppe Bosch Homberg geht auf Reisen	38
Arbeitsschutz intensiv	38
■ IMPRESSUM	39
Mitgliedsantrag	39
Freizeitunfallversicherung	40

ELEKTROHANDWERK SACHSEN UND THÜRINGEN

SHK-HANDWERK BERLIN

SHK-HANDWERK THÜRINGEN

ELEKTROHANDWERK MECKLENBURG-VORPOMMERN

NEUES TARIFWERK MIT UNTERSCHIEDLICHEN LAUFZEITEN

ERFOLGREICHE TARIFVERHANDLUNGEN

NEUES TARIFWERK MIT UNTERSCHIEDLICHEN LAUFZEITEN

NEUER TARIFABSCHLUSS

Im September 2024 verhandelten der Arbeitgeberverband im Elektrohandwerk in Sachsen und Thüringen, sowie die CGM-Tarifkommission neue Entgelte.

Die Entgelte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im SHK-Handwerk in Berlin steigen. Auch die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich deutlich.

Die Löhne und Gehälter im Bereich Sanitär, Heizung- und Klimatechnik im Freistaat Thüringen steigen. Darauf konnten sich Fachverband und CGM in Tarifverhandlungen verständigen.

Die CGM hat im Elektrohandwerk in Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Tarifabschluss erzielt. Zum 1. Januar 2025 steigen die Entgelte.

Neues Eck-Entgelt sind ab 1. Januar 2025 18,20 Euro pro Stunde. Ab 1. Januar 2026 steigt das Eck-Entgelt dann auf 19,00 Euro, in einem dritten Schritt erhöht es sich schließlich auf 19,80 Euro, die ab 1. Januar 2027 pro Stunde gezahlt werden müssen. Der Entgelt-Tarifvertrag hat eine Vertragslaufzeit bis 31. Dezember 2026.

Ab Januar 2025 beträgt das neue Eck-Entgelt für die Beschäftigten 17,28 Euro. Nach einer weiteren Erhöhung zum 1. Januar 2026 steigert es sich auf 17,71 Euro. Der Entgelt-Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2025.

So beträgt das neue Eck-Entgelt pro Stunde ab dem 1. Januar 2025 16,23 Euro. Ab dem 1. Januar 2026 erhöht es sich dann in einem zweiten Schritt auf 17,00 Euro. Darüber hinaus konnte die CGM eine Erhöhung des Jahresurlaubs auf nunmehr 26 Urlaubstage bei einer 5-Tage-Woche erreichen. Der Jahresurlaub erhöht sich anschließend jeweils um einen Tag nach je zwei Jahren Betriebszugehörigkeit.

Die Löhne und Gehälter im Elektrohandwerk in Deutschlands Nordosten steigen zum Beginn des nächsten Jahres. Darauf konnten sich der Fachverband Elektrohandwerk Mecklenburg-Vorpommern und die CGM im Rahmen von Tarifverhandlungen verständigen. So beträgt das neue Eck-Entgelt pro Stunde ab dem 1. Januar 2025 17,25 Euro. Dies entspricht einer Erhöhung um 3,8 %. Ab dem 1. Januar 2026 erhöht sich das Eck-Entgelt dann in einem zweiten Schritt auf 17,85 Euro, was einer Erhöhung um nochmals 3,6 % entspricht.

Erhöhung der Ausbildungsvergütungen

Auch die Ausbildungsvergütungen werden zum 1. Januar 2025 angehoben. Sie betragen fortan:

Zweistufige Erhöhung für Azubis

Die Ausbildungsentgelte erhöhen sich ab dem 1. September 2024.

	ab 01.01.2025
1. Ausbildungsjahr	850 €
2. Ausbildungsjahr	930 €
3. Ausbildungsjahr	1.100 €
4. Ausbildungsjahr	1.100 €

	ab 01.09.2024
1. Ausbildungsjahr	820 €
2. Ausbildungsjahr	920 €
3. Ausbildungsjahr	1.000 €
4. Ausbildungsjahr	1.070 €

Gewerkschaftsbonus und Freistellung

CGM-Mitglieder erhalten darüber hinaus einen monatlichen Gewerkschaftsbonus von 30 Euro. Dies entspricht einem Entgelt-Plus von 360 Euro pro Jahr. Bei Azubis beträgt der Gewerkschaftsbonus 10 Euro pro Monat, also 120 Euro im Jahr.

Erstmals sind CGM-Mitglieder außerdem, sofern nicht betriebliche Belange entgegenstehen, an zwei vollen Tagen pro Kalenderjahr zur Teilnahme an einer Sitzung der gewerkschaftlichen Tarifkommission der CGM sowie für Tarifverhandlungen mit dem Fachverband SHK Thüringen unter Fortzahlung des Entgelts freizustellen.

Gewerkschaftsbonus bei Mitgliedschaft in der CGM

CGM-Mitglieder erhalten darüber hinaus ab dem 1. Januar einen monatlichen Gewerkschaftsbonus von 30 Euro. Dies entspricht einem Entgelt-Plus von 360 Euro pro Jahr.

Erhöhung der Ausbildungsvergütungen

Die Ausbildungsentgelte erhöhen sich ebenfalls ab dem 1. Januar 2025.

Auszubildende erhalten darüber hinaus ab dem 2. Ausbildungsjahr einen leistungsabhängigen Bonus in Höhe von 65,00 Euro bis 100,00 Euro, der für besonders gute berufsschulische Leistungen gezahlt wird. Der Azubi-Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 31. Juli 2026.

In einem zweiten Schritt steigen sie ab dem 1. September 2025 erneut:

	ab 01.09.2025
1. Ausbildungsjahr	830 €
2. Ausbildungsjahr	930 €
3. Ausbildungsjahr	1.010 €
4. Ausbildungsjahr	1.080 €

Steigende Ausbildungsvergütungen

Die Ausbildungsentgelte erhöhen sich ab dem 1. August 2025.

	ab 01.08.2025
1. Ausbildungsjahr	900 €
2. Ausbildungsjahr	950 €
3. Ausbildungsjahr	1.000 €
4. Ausbildungsjahr	1.050 €

	ab 01.01.2025
1. Ausbildungsjahr	850 €
2. Ausbildungsjahr	930 €
3. Ausbildungsjahr	1.100 €
4. Ausbildungsjahr	1.100 €

Die verschiedenen Tarifverträge sind über die Geschäftsstelle Hessen erhältlich.

Der Azubi-Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 31. August 2025.

CGM-Geschäftsstelle Hessen
Elisabethenstraße 20
65428 Rüsselsheim
Mail: ruesselsheim@cgm.de ■

Die verschiedenen Tarifverträge sind über die Geschäftsstelle Berlin erhältlich.

[co]

Geschäftsstelle Berlin
Meeraner Straße 7
12681 Berlin
E-Mail: berlin(at)cgm.de ■

[co]

In einem zweiten Schritt erhöhen sich die Ausbildungsvergütungen nochmal. Sie steigen dann auf maximal 1.100 Euro im vierten Ausbildungsjahr.

Die verschiedenen Tarifverträge sind über die Geschäftsstelle Hessen erhältlich.

CGM-Geschäftsstelle Hessen
Elisabethenstraße 20
65428 Rüsselsheim
Mail: ruesselsheim(at)cgm.de ■

[co]

Der Tarifabschluss hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2026. Die verschiedenen Tarifverträge sind über die Geschäftsstelle Berlin erhältlich.

Geschäftsstelle Berlin
Meeraner Straße 7
12681 Berlin
E-Mail: berlin(at)cgm.de ■

[co]



ENTGELTRUNDE METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE 2024

FORDERUNGSEMPFEHLUNG: MINDESTENS 300 EURO!

Die Große Tarifkommission der Christlichen Gewerkschaft Metall empfiehlt für die Forderungen zur anstehenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie eine deutliche Entgelterhöhung von 6-8 %, mindestens aber 300 Euro.

Im 125. Jahr des Bestehens der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) empfiehlt die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ihren Landestarifkommissionen eine Erhöhung der Entgelte um 6-8 %, mindestens aber 300 Euro, zu fordern. Ergänzend sprach sich die Kommission für eine Zunahme von verbindlichen und zukunfts-festen Beschäftigungssicherungs-Tarifverträgen, die Ausweitung der Regelungen zur Altersteilzeit sowie eine stärkere Arbeitszeit-flexibilisierung aus. Außerdem fordert Deutschlands zweitgrößte Gewerkschaft in der M+E-Industrie, den Tarifvertrag zum tariflichen Zusatzgeld (T-ZUG) zu erweitern und auf alle Beschäftigten auszuweiten. Ferner muss ein etwaiger Bonus für Gewerkschaftsmit-glieder für die Mitglieder aller im Betrieb vertretenen Tarifpartner Anwendung finden.

Damit eine spürbare Entgelterhöhung auch im Geldbeutel der Beschäftigten ankommt, muss diese natürlich auf ein Jahr gerechnet werden. Hierzu führte der CGM-Bundesvorsitzende Sebastian Scheder auf der Sitzung der Großen Tarifkommission aus: „Unsere Kolleginnen und Kollegen haben seit mindestens zwei Jahren real deutlich weniger Kaufkraft. Sie haben reale Lohneinbußen, da die Inflation ihr Einkommen deutlich mindert. Speziell Lebensmittel und Energie werden fortwährend teurer, während die Entgelte nicht im annähernd gleichen Ausmaß steigen.“

»Speziell Lebensmittel und Energie werden fortwährend teurer, während die Entgelte nicht im annähernd gleichen Ausmaß steigen.«

Weiter spricht sich die Gewerkschaft gegen Einmalzahlungen aus, da diese keinen nachhaltigen Effekt entfalten. Dieser nachhaltige Effekt stellt sich jedoch bei einer Erhöhung der Entgelte um mindestens 300 Euro ein. Auf diese Weise wird außerdem die Spreizung zwischen den Entgeltgruppen geringer.

Nach Ansicht der Großen Tarifkommission der CGM ist es zudem wichtig, dass die Azubi-Vergütungen in einem vergleichbaren Umfang wie die Entgelte steigen. Auch soll ein höherer Sockelbetrag als bislang ab Beginn der Ausbildung in die Altersvorsorge fließen. Nur so werden sich auch weiterhin junge Menschen für einen der vielseitigen Jobs in der Industrie gewinnen lassen.

Darüber hinaus fordert die Gewerkschaft, die weitere Flexibilisierung von Arbeitszeitregelungen sowie einen erleichterten Zugang zur Altersteilzeit. Zudem spricht sie sich dafür aus, die tarifvertraglich vereinbarten altersvorsorgewirksamen Leistungen deutlich an-

zuheben. Zusätzlich sei der T-ZUG für alle Beschäftigtengruppen zu öffnen und dem Umfang nach auszubauen. Dem Bedarf nach lebenslangem Lernen sollen die Arbeitgeber aus Sicht der CGM durch die Einführung einer Qualifizierungszeit – vergleichbar dem Altersteilzeitmodell – nachkommen.

Den Forderungen der CGM für die diesjährige Tarifrunde ging die Auswertung ihrer zwischen Mai und Juli 2024 durchgeführten Umfrage voraus, an der sich zahlreiche Mitglieder der CGM, aber auch Nichtmitglieder, beteiligten. Auf Basis der Auswertung der Umfrage, sowie der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Deutschland, verabschiedete die Große Tarifkommission der CGM am 17. September 2024 in Neustadt an der Aisch ihre Forderungsempfehlung an die Landestarifkommissionen für die im September beginnende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. ■

[dh]

INFO

ÜBER DIE GROSSE TARIKKOMMISSION DER CGM:

Die Große Tarifkommission der CGM trifft sich traditionell vor jeder Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, um die Forderungsempfehlung für die Landestarifkommissionen der CGM zu beschließen.

Die Große Tarifkommission der CGM, besteht aus den Mitgliedern des Hauptvorstands, den Vorsitzenden der Landesverbände und den Geschäftsführern der CGM.

Sie hat die Aufgabe die Tarifarbeit der CGM auf Bundesebene zu organisieren und zu koordinieren.



ENTGELTRUNDE METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE 2024

DIE ROLLE DER CGM

In den Entgeltrunden in der Metall- und Elektroindustrie sitzt die CGM nicht am Verhandlungstisch. Trotzdem spielt sie dort seit Jahren eine aktive Rolle.

Als zweitgrößte Gewerkschaft darf die CGM in der Metall- und Elektroindustrie – im Gegensatz zum Handwerk - keinen Flächen-tarifvertrag verhandeln. Hier darf die CGM nur Tarifabschlüsse der Verhandlungspartner übernehmen - anders ist es ihr durch das bundesweite Tarifeinheitsgesetz nicht möglich. Trotzdem ist die Rolle der CGM bei der Entgeltrunde keine passive.

Gefragte Meinung

Schon seit Jahren ist die CGM engagiert dabei. Verhandlungen werden von der Gewerkschaft konstruktiv unterstützt. Auch sind ihre Meinung und Forderungen gefragt. In Rahmen der Tarifrunde tritt die CGM im Vorfeld mit der Arbeitgeberseite in Kontakt und tauschen sich über die aktuelle wirtschaftliche Situation aus. So bringt sie ihre Ideen und Forderungen ein. Auf diese Weise verhilft sie den Tarifverhandlungen zu einer breiteren Basis unter den Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie.

Wir sind dabei

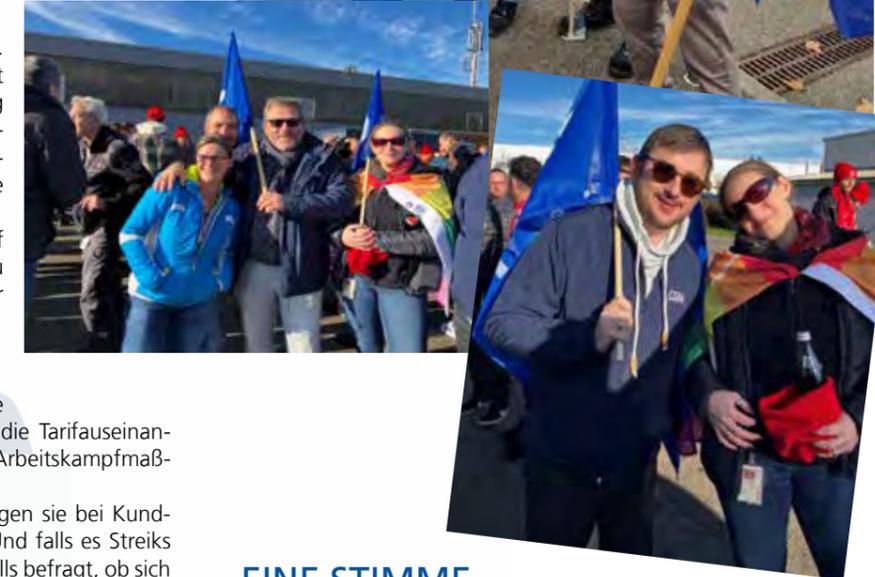
Auch bei Warnstreiks und Kundgebungen ist die CGM dabei. Die CGM-Mitglieder unterstützen die Tarifaueinandersetzungen und beteiligen sich aktiv an den Arbeitskämpfmaßnahmen zur Unterstützung der Verhandlungen. Wie in den vergangenen Jahren geschehen, zeigen sie bei Kundgebungen und Warnstreiks solidarisch Flagge. Und falls es Streiks geben sollte, werden die CGM-Mitglieder ebenfalls befragt, ob sich die Gewerkschaft dem Streik anschließen soll. Eine Mitgliedschaft in der CGM bedeutet somit keine Schwächung des gesamtgewerkschaftlichen Organisationsgrads in der deutschen Metall- und Elektroindustrie!

Zusammen mehr erreichen

In der CGM setzen sich viele Kolleginnen und Kollegen für eine gerechtere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und faire Arbeitszeiten ein. Gemeinsam kämpfen sie für gute Tarifverträge.

Im Fall von Streikgeldzahlungen unterstützt die CGM ihre Mitglieder sogar finanziell. Auch wenn die CGM nicht direkt am Verhandlungstisch sitzt, lohnt es sich daher, Mitglied bei der CGM zu sein. ■

[dh]



EINE STIMME AUS DER TARIKFRUNDE

#wirfüreuch

Wir die CGM fordern faire Löhne und Arbeitsbedingungen, die unserer Leistung gerecht werden. Wir sind bereit, weiter für unsere Rechte zu kämpfen und werden nicht nachlassen, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Wir werden weiterhin für unsere Interessen eintreten und werden nicht zögern, weitere Streikmaßnahmen zu ergreifen. Wir stehen geschlossen als Gewerkschaft und werden weiterhin für unsere Rechte kämpfen!

Martin Rott
CGM-Betriebsgruppenvorsitzender
Robert Bosch Automotive Steering GmbH



Tarifabschluss in der M+E-Industrie

Das wurde im Pilot-Abschluss für euch ausgehandelt:

Einmalzahlung

in Höhe von **600 €** (Vollzeit, Teilzeit anteilig) bis zum 01.02.2025

Zweistufige Entgelterhöhung

+ **2,0 %** zum 01.04.2025 und + **3,1 %** zum 01.04.2026

Erhöhung der Auszubildendenvergütung

um **140 € pro Lehrjahr** für Azubis und DH-Studierende ab 01.01.2025 sowie + **3,1 %** zum 01.04.2026

Erhöhung des T-ZUG B

Wandlungsumfang im T-ZUG

wird ausgeweitet

Zugangsvoraussetzungen für T-ZUG

werden vereinfacht

Laufzeit

25 Monate

Wirksam rückwirkend

ab 01.10.2024

Noch Fragen?

Wendet euch gerne an die Betriebsräte oder Geschäftsführer der CGM.

Noch kein Mitglied?

Gleich eintreten und von den Vorteilen der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft profitieren! Unter www.cgm.de/Aufnahmeantrag oder den QR-Code scannen:



Persönlich. Menschlich. Nah.

EINIGUNG
METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE-TARIFRUNDE 2024

EINE GEMISCHTE BILANZ

In der Tarifrunde 2024 in der deutschen Metall- und Elektroindustrie konnten die verhandelnden Parteien einen Pilotabschluss erzielen. Der CGM-Bundesvorsitzende kann dem Abschluss viel Positives abgewinnen.

Nach einigen Wochen der Tarifeinwanderung in Deutschlands Kernindustrie konnte am 12. November 2024 in der vierten Verhandlungsrunde eine Piloteinigung zwischen den Tarifparteien vermeldet werden. Sebastian Scheder, Bundesvorsitzender der CGM, begrüßt die erzielte Einigung. „Es hat sich ausgezahlt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Wochen verstärkt mit auf die Straße gingen, um ihren Entgeltforderungen zusätzlichen Nachdruck zu verleihen. Das dies nun Klarheit für die nächsten knapp zwei Jahre bringt, ist erfreulich.“

Gemischte Bilanz

Bei der Bewertung des vorliegenden Pilotabschlusses zieht Scheder eine gemischte Bilanz: Positiv beurteilt er die deutliche Anhebung der Auszubildendenvergütungen um 140 Euro ab dem 1. Januar 2025. Seiner Meinung nach war hier eine überproportionale Erhöhung dringend nötig. In einem zweiten Schritt erhöhen sich die Vergütungen für die Auszubildenden ab dem 1. April 2026 um nochmals 3,1 %.

Auch die verbesserten Wahloptionen im T-ZUG und die Stärkung des T-ZUG B als soziale Komponente sind nach Scheders Meinung eine positive Entwicklung. „Ich freue mich, dass der Abschluss mit einer sozialen Komponente gerade die niedrigeren Entgeltgruppen im Blick behält.“ Auch die Große Tarifkommission der CGM hatte sich in ihrer Tarifforderung für eine derartige soziale Komponente ausgesprochen.

Kritisch allerdings sieht der Gewerkschaftsvorsitzende die vereinbarte Einmalzahlung. Statt Einmalzahlungen hatte sich die CGM für eine stärkere nachhaltige tabellenwirksame Entgelterhöhung ausgesprochen. Das hätte gerade für die Kolleginnen und Kollegen in den unteren Entgeltgruppen einen größeren finanziellen Vorteil bedeutet.

Der in Hamburg beschlossene Pilotabschluss beinhaltet eine Entgeltsteigerung in zwei Schritten. Zum 1. April 2025 steigt das Entgelt in einem ersten Schritt um 2,0 %, zum 1. April 2026 dann nochmal um 3,1 %. Bis zum 1. Februar 2025 wird es außerdem eine Sonderzahlung von einmalig 600 Euro geben.

Stabilität wichtiges Ziel

Grundsätzlich begrüßt Scheder jedoch die Einigung. „Unter den gegebenen Umständen einer Rezession, die uns die Ampel als eine ihrer wenigen bleibenden Ergebnisse hinterlässt, waren diese Verhandlungen sicher nicht einfach. Gerade angesichts dieser politischen Begleitumstände ist Stabilität ein wichtiges Ziel. Diese erreicht der Abschluss durch seine relativ lange Laufzeit von 25 Monaten, was den Unternehmen Planungssicherheit gibt.“

Die Laufzeit der Tarifeinigung beginnt rückwirkend zum 1. Oktober 2024 und geht bis zum 31. Oktober 2026.

Der ausgehandelte Pilotabschluss hat bislang nur für die Tarifgebiete Bayern und Küste Geltung. Ob und wie er in anderen Tarifgebieten übernommen wird, muss noch verhandelt werden ■

[dh]

125-JAHRE CGM

Zwischen Widerstand und Wiederaufbau

„Die roten Gewerkschaften, auch älter als die beiden anderen Verbände, hatten bis 1933 stets bedeutend mehr Mitglieder. Ein weiterer, wohl ebenso wichtiger Grund ist die Tatsache, daß für viele Zeitgenossen heute »Arbeiterbewegung« nur im sozialistischen Kontext möglich und denkbar ist. Auch die Entwicklung der Einheitsgewerkschaft in Deutschland seit 1945 mit ihrer starken Bindung an die SPD mag nicht wenig zu dieser Akzentuierung beigetragen haben.“

Mit diesem Blick in die Geschichte erklärte der Theologe und Historiker Reinhardt Rudolf, weshalb die Christlichen Gewerkschaften in der historischen Forschung so wenig Beachtung finden.

Reinhardt Rudolfs Überlegungen verdeutlichen, welche prägenden Einflüsse die Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten und noch mehr die Entwicklungen in der deutschen Nachkriegszeit für die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) hatten. Im zweiten Teil unserer Reihe zur Geschichte der CGM widmen wir uns daher ausführlich diesen entscheidenden Jahren.

[dh]

125 JAHRE CGM

CHRISTLICHE GEWERKSCHAFTER IM NATIONALSOZIALISMUS

Die Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten führte zur zwangsweisen Eingliederung der christlichen Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront (DAF). Die Zerschlagung der christlichen Gewerkschaften führte zu Verfolgung und Armut, einige Gewerkschafter schlossen sich dem Widerstand gegen das NS-Regime an.

Die Zerschlagung der christlichen Gewerkschaften im Jahr 1933 markierte einen tiefen Einschnitt in die deutsche Arbeiterbewegung. Die Nationalsozialisten zwangen die christlichen Verbände zur Auflösung und gliederten sie in die Deutsche Arbeitsfront ein, wodurch sie jede unabhängige gewerkschaftliche Struktur zerstörten.

Die Zwangseingliederung in die Deutsche Arbeitsfront

Am 24. Juni 1933 wurden die christlichen Gewerkschaften, wie zuvor die freien Gewerkschaften, in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert. Ihre Führungspersonen wurden als „Verräter an der nationalen Revolution“ bezeichnet, und die letzten Reste gewerkschaftlichen Eigenlebens in Deutschland wurden beseitigt. In diesem Zusammenhang berichtete Rudolf Reinhardt, dass „fast alle Angestellten der Christlichen Gewerkschaften fristlos entlassen wurden, ohne dass bis zum Ablauf der Kündigungsfrist Gehälter bezahlt oder erworbene Unterhaltsansprüche erfüllt worden wären“

Die darauffolgenden Monate waren von individuellem Protest gegen die Verunglimpfung und Beschimpfung der Christlichen Gewerkschaften durch den nationalsozialistischen Führer der DAF, Robert Ley, sowie von Versuchen geprägt, Ansprüche auf Gehalts-

und Pensionszahlungen gegenüber der DAF geltend zu machen. Laut dem Historiker und Politikwissenschaftler Michael Schneider „waren die folgenden Monate geprägt von individuellem Protest gegen persönliche Verunglimpfung und Beschimpfung der Christlichen Gewerkschaften seitens Ley und von den Versuchen, die Ansprüche auf Gehalts- und Pensionszahlungen gegenüber der DAF durchzusetzen, die allein von den Christlichen Gewerkschaften ein Vermögen von rund 24 Millionen Mark übernommen hatte. Vor allem Kaiser hat sich in dieser Frage engagiert und unter dem Deckmantel der Vertretung von Rechtsansprüchen manchen Kontakt zu ehemaligen Christlichen Gewerkschaftern halten können“.

Finanzielle Not und soziale Deklassierung

Die Ereignisse nahmen eine dramatische Wendung, als die DAF zum 31. Juli 1933 die Kasse der Christlichen Metallarbeiter-Vereinigung (CMV) in Duisburg einforderte, wodurch reguläre Gehälter für die Mitarbeiter nicht mehr gezahlt wurden. Auch die Pensionskasse, die der Altersvorsorge der Angestellten diente, wurde beschlagnahmt. Reinhardt Rudolf beschreibt die Situation der ehemaligen Mitarbeiter: „So standen die meisten der ehemaligen Mitarbeiter über Nacht vor dem Nichts und waren auf Arbeitslosenunterstützung und die öffentliche Wohlfahrt angewiesen. Arbeit zu bekommen war fast nicht möglich. [...] Es war eine Zeit großer wirtschaftlicher Not und entwürdigender sozialer Deklassierung.“

Mit der Einführung des „Entschädigungsgesetzes“ am 9. Dezember 1937, wurde die „Reichsfeststellungsbehörde“ im Reichsinnenministerium mit der Abwicklung solcher Verfahren betraut. Die ehemaligen Gewerkschaftssekretäre versuchten dort, ihre Ansprüche durchzusetzen. Unterstützt wurden sie dabei von Persönlichkeiten wie Jakob Kaiser und Wilhelm Alef, die sie in Berlin vertraten. Kaiser konnte seinen Kollegen schließlich 1941 einen Kompromiss mit der Behörde verkünden. Ausgezahlt werden sollten 70 Prozent der Forderungen. Zu einem Zeitpunkt, als das Geld durch den Krieg kaum noch den Wert von 1933 hatte.

Beispielhaft für die Schicksale der betroffenen Gewerkschafter steht Emil Fischer, der bis 1933 Gewerkschaftssekretär der CMV in Lüdenscheid war. Seine Geschichte stellt ein Paradebeispiel für die Not und soziale Deklassierung der ehemaligen Christlichen Gewerkschafter dar. Fischer schilderte nach dem Krieg in einer Entschädigungsverhandlung eindrucksvoll, welchen Repressionen er ausgesetzt war und wie ihm die Aufnahme einer neuen Berufstätigkeit unmöglich gemacht wurde.

„Von dem inzwischen verstorbenen Herrn Direktor Ernst Jünger war mir eine Stellung als Lohnbuchhalter bei der Firma Jünger & Co. angeboten. Dieses Angebot konnte Herr Jünger aber nicht aufrechterhalten, da er auf Grund eines inzwischen bei ihm eingegangenen Schreibens von einer parteiamtlichen Stelle darauf hingewiesen worden war, dass die Beschäftigung früherer Gewerkschafts-Bonzen verboten sei. – Desgleichen hat der damalige Leiter des Arbeitsamtes, mit dem ich persönlich bekannt war, gelegentlich zu mir geäußert, dass meine Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis nicht in Frage käme.“



Dieses Mitgliedsbuch eines Kollegen dokumentiert den Übertritt von der CMV in die DAF.

Der Widerstand der christlichen Gewerkschafter gegen das NS-Regime

„Bald nach dem 30. Januar 1933 wurde deutlich, daß die Bildung der Berliner Koalitionsregierung in Wirklichkeit die Machtübernahme

durch die Nationalsozialisten gewesen war. Diese Verschiebung in der Koalition Hugenberg-Papen-Hitler zwang die Christlichen Gewerkschaften zur offenen Konfrontation mit dem nationalsozialistischen System. Die meisten der Sekretäre lehnten jeden Kompromiß ab. Sie waren bereit, alle Konsequenzen auf sich zu nehmen, für sich selbst und für ihre Familien.“ erinnert sich Rudolf Reinhardt.

Die meisten der christlichen Gewerkschafter, die ihre Positionen verloren hatten, standen in starker Ablehnung zum neuen NS-Regime. Rudolf Reinhardts Vater Alfons Reinhardt (1895–1980), ein Gewerkschaftssekretär der CMV in Stuttgart, hatte zum Beispiel Kontakte zum Widerstand. Über den Zentrums- und späteren CDU-Politiker Joseph Ersing stand er in Verbindung mit dem Kreis um Carl Friedrich Goerdeler.

Die christlichen Gewerkschafter waren dabei nicht nur eine politische Opposition, sondern auch Teil des Netzwerks, das gegen das nationalsozialistische Regime kämpfte. Einige christliche Gewerkschafter, wie Jakob Kaiser, engagierten sich selbst im Widerstand.



Heinrich Körner (Foto, Gedenkstätte Deutscher Widerstand)

Dieses Engagement führte leider oft zu tragischen Schicksalen. Ein solches erfuhr beispielsweise Heinrich Körner. Schon in der Ausbildung bei Krupp war der gelernte Werkzeugmacher 1911 dem CMV beigetreten. Nach dem ersten Weltkrieg arbeitete er überzeugte christliche Gewerkschafter als hauptamtlicher Geschäftsführer für den Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. Nach einer ersten vorübergehenden Verhaftung im Jahr 1933 engagierte sich Körner im Widerstand. So diente sein Haus zum Beispiel als Treffpunkt für Jakob Kaiser und andere Bekannte aus dem Bereich von Zentrum und Christlichen Gewerkschaften. Im Zuge des Attentats vom 20. Juli 1944 wird Körner erneut verhaftet und 1945 zu einer Zuchthausstrafe im Berliner Gefängnis Plötzensee verurteilt. Am 26. April 1945 starb Heinrich Körner. Vermutlich wurde er von der SS erschossen, als er gerade aus dem Gefängnis kam, aus dem ihn Soldaten der Roten Armee befreit hatten. Neben anderen christlichen Gewerkschaftern, wie Bernhard Letterhaus (Zentralverband der christlichen Textilarbeiter), Otto Gerig (DHV) Nikolaus Groß (Gewerkschaftsverein Christlicher Bergarbeiter) führt das Erzbistum Köln den Kollegen Körner im Verzeichnis ihrer Märtyrer.

„Dieses Engagement führte leider oft zu tragischen Schicksalen. Ein solches erfuhr beispielsweise Heinrich Körner. Schon in der Ausbildung bei Krupp war der gelernte Werkzeugmacher 1911 dem CMV beigetreten. Nach dem ersten Weltkrieg arbeitete er überzeugte christliche Gewerkschafter als hauptamtlicher Geschäftsführer für den Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. Nach einer ersten vorübergehenden Verhaftung im Jahr 1933 engagierte sich Körner im Widerstand. So diente sein Haus zum Beispiel als Treffpunkt für Jakob Kaiser und andere Bekannte aus dem Bereich von Zentrum und Christlichen Gewerkschaften. Im Zuge des Attentats vom 20. Juli 1944 wird Körner erneut verhaftet und 1945 zu einer Zuchthausstrafe im Berliner Gefängnis Plötzensee verurteilt. Am 26. April 1945 starb Heinrich Körner. Vermutlich wurde er von der SS erschossen, als er gerade aus dem Gefängnis kam, aus dem ihn Soldaten der Roten Armee befreit hatten. Neben anderen christlichen Gewerkschaftern, wie Bernhard Letterhaus (Zentralverband der christlichen Textilarbeiter), Otto Gerig (DHV) Nikolaus Groß (Gewerkschaftsverein Christlicher Bergarbeiter) führt das Erzbistum Köln den Kollegen Körner im Verzeichnis ihrer Märtyrer.“

Ein differenziertes historisches Urteil

Michael Schneider zieht in seiner historischen Analyse der Christlichen Gewerkschaften und ihrer Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eine durchwachsene Bilanz.

Er kommt in seinen Schlussfolgerungen zu einem differenzierten Urteil zwischen Gegnerschaft und Unterwerfung. In seiner Bewertung aus dem Jahr 1983 erklärt er: „So kritisch die Politik der Christlichen Gewerkschaften auch im Frühjahr 1933 zu beurteilen sein mag, so sei doch nicht vergessen, daß Christliche wie Freie Gewerkschafter zum Widerstandskreis des 20. Juli 1944 und zu den Opfern des Nationalsozialismus gehörten.“

Rudolf Reinhardt hingegen hält es für verfehlt, den Christlichen Gewerkschaften vorzuwerfen, sie hätten durch ihre Auseinandersetzungen mit den „Freien“ Gewerkschaften oder ihre Fehleinschätzungen hinsichtlich der „Sozialreaktion“ den Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht entschieden genug vorangetrieben. Stattdessen stellt Reinhardt fest: „Die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften sahen in Hitler und seinen Anhängern eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Der Kampf dagegen war aber in erster Linie eine Aufgabe des Staates und der ihn tragenden Parteien.“

Keine geradlinige Entwicklung

Schneiders Urteil hält Reinhardt vielmehr entgegen, die Entwicklungen dieser Zeit müssten im Kontext der unklaren politischen Landschaft Ende 1932 und den ersten Monaten nach der Machtübernahme betrachtet werden. „Für die Zeitgenossen von damals verlief die Entwicklung keineswegs geradlinig auf eine Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten hin. Im Herbst 1932, ja noch in den ersten Wochen nach dem 30. Januar 1933, war vieles offen. Es ist deshalb unreell, heute von späteren Erfahrungen her zu urteilen und zu verurteilen.“

Dass dies auch für die „Freien“ Gewerkschaften galt, zeigt Uwe Schummer in seinem Buch „Zwischen Markt und Marx“. „Anders als beim Kapp-Putsch zehn Jahre zuvor weigerte sich 1933 der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), Dachverband der sozialistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften, dem Aufruf der christlichen Gewerkschaften zu folgen und die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit einem Generalstreik zu beantworten. Die Angst vor dem Misserfolg war zu groß.“ Man kann sagen, für Zeitgenossen ist es immer schwierig, in der Situation die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen. ■

[dh]



Franz Wieber, der Gründer der CMV, war 1933 kurz vor der Auflösung der christlichen Gewerkschaften gestorben.



125 JAHRE CGM

„SPD UND DGB SIND KINDER EINER MUTTER“

Die Nachkriegszeit in Deutschland hatte entscheidenden Einfluss auf unsere heutige Gewerkschaftswelt. So wurde die Idee einer Einheitsgewerkschaft maßgeblich durch die Besatzungsmächte gefördert.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches im Jahr 1945 wurde mit dem Wiederaufbau von Gewerkschaften in allen vier Besatzungszonen begonnen. Sehr früh hat es in der britischen Besatzungszone den Versuch gegeben, die christliche Gewerkschaftsbewegung wiederzubeleben.

Das Ende der Richtungsgewerkschaften

Die Positionen führender Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung waren hingegen nicht einheitlich. So verfolgten einige Vertreter das Ziel, eine weltanschauliche „Einheitsgewerkschaft“ zu gründen. Gewerkschaftsarbeit sollte unabhängig von weltanschaulichen Grundprinzipien erfolgen.

Damit wurde der traditionelle deutsche und kontinentaleuropäische Weg der Richtungsgewerkschaften verlassen. Mit dem Prinzip: Ein Betrieb – eine Gewerkschaft (Industrieverbandsprinzip) wurde darüber hinaus das ebenfalls traditionelle Berufsverbandsprinzip verlassen.

Bischöfe als Bittsteller

Anders verhielten sich der Bischof von Osnabrück, Berning und der Erzbischof von Paderborn, Jäger. Beide suchten den britischen

Der Bericht der Bischöfe über ihr Treffen mit der britischen Militärregierung.

ANHANG

Dokumente guten Willens

Zur Entstehung der Einheitsgewerkschaft in Deutschland

..... Danach erörterten die beiden Bischöfe die Lage, die infolge der zwangsweisen Errichtung der Deutschen Arbeitsfront sich ergeben habe, schilderten die Bedeutung der Christlichen Gewerkschaften und ihr Recht auf Wiederzulassung. Hier wurde die Sitzung (16. 8. 1945 b) General Templer, damaliger Chef der Controlcommission, in seinem Hauptquartier, im früheren Finanzamt (Lübbecke) unterbrochen. Als man in den Sitzungssaal zurückkehrte, waren zwei Zivilisten, augenscheinlich Gewerkschaftler, hinzugezogen worden. Einer von ihnen verlas eine längere Erklärung in Englisch, die von einem Dolmetscher anschließend in Deutsch verlesen wurde. Der Inhalt war kurz folgender, daß es ein gemeinsamer Beschluß der Alliierten sei, die Einheitsgewerkschaft einzuführen, um die demokratischen Kräfte in Deutschland zu stützen und für die Zukunft das Wiederaufleben faschistischer Strömungen zu verhindern. Gedacht war, wie aus der Erklärung zu hören war, an eine totale Einheitsgewerkschaft ohne alle beruflichen Untergliederungen. Nach der Verlesung fragte der Bischof von Osnabrück General Templer nach der Bedeutung dieser Verlesung, ob damit gesagt sein solle, daß dies ein Diktat sei, das ohne jede Erörterung anzunehmen sei. Der General bejahte, worauf die Bischöfe dann mit der Feststellung, daß sie dann hier nichts mehr zu tun hätten, das Sitzungszimmer verließen.

gez. Erzbischof Dr. Berning,
Bischof von Osnabrück,
gez. Lorenz Jäger,
Erzbischof von Paderborn.

Oberbefehlshaber General Templer am 16. August 1945 auf, um die Erlaubnis zu erhalten, christliche Gewerkschaften erneut zu gründen. Beiden Geistlichen ist ein gemeinsamer Beschluss der Alliierten übermittelt worden. Dieser, so wird es überliefert, sah vor, dass die Einheitsgewerkschaft in Deutschland einzuführen sei, um die demokratischen Kräfte in Deutschland zu stützen. Ob dieser Beschluss tatsächlich vorlag, ist nicht belegt.

Sektor der russischen Militäradministration

Für den Sektor der russischen Militäradministration ist damit zu rechnen, dass ein solcher Beschluss vorlag. Hier wurde bereits durch den Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Bildung von Gewerkschaften zugelassen.

Aufgrund dieses Befehls wurde eine alle „Werkstätigen“ umfassende Einheitsgewerkschaft ins Leben gerufen, die in der DDR als „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)“ existierte. Dieser FDGB war als kommunistische Gewerkschaft dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen.

Einheitsgewerkschaft in den westlichen Besatzungszonen

In den drei westlichen Besatzungszonen erschien zwar die erste Direktive der Militärregierung über die Gründung von Gewerkschaften im August 1945. Mit dieser wurde der Lizenzierungszwang für jede gewerkschaftliche Neugründung durch die Militärbehörde verkündet. Den Arbeitern und den Angestellten wurde theoretisch das Recht zugesprochen, „die Art der Gewerkschaft zu wählen, die sie wünschen“.

Praktisch aber erhielten nur einheitsgewerkschaftliche Zusammenschlüsse eine Lizenz. Die Militärbefehlshaber und der Alliierte Kontrollrat nahmen durch ihre Lizenzierungspraxis entscheidend Einfluss auf die neue Gewerkschaftsstruktur, mit der das angelsächsische Muster übernommen wurde.

Ausnahme Saarland

Eine Ausnahme machte das Saarland, das zunächst als autonomes staatliches Gebilde zwischen Frankreich und Deutschland - aber unter französischer Verwaltung - existierte. Dort ließen die französischen Militärbehörden von Anfang an die Gründung konkurrierender Gewerkschaften zu, die sozialistischen und die christlichen Richtungsgewerkschaften. Sie waren moralisch dazu gezwungen, denn im Saarland galt das französische Recht unmittelbar und in Frankreich existierten die verschiedenen Richtungsgewerkschaften.

So gab der französische Außenminister Georges Bidault bereits am 26. Juli 1947 seine Zustimmung zur Wiedergründung christlicher Gewerkschaften an der Saar. Im Ergebnis konnten die christlichen Gewerkschaften hier sehr bald eine starke gewerkschaftliche Position wiedererlangen.

Damit war aber bereits von den drei Westalliierten der Einheitsgewerkschaftsgedanke nicht konsequent verfolgt, sondern durch die Hintertüre, aber unter erheblich erschwerten Bedingungen, die Grundlage für den Gewerkschaftspluralismus nach 1949 gelegt.

Koalitions- und Vereinigungsfreiheit

Zu einer Spaltung der Einheitsgewerkschaft aus weltanschaulichen oder politischen Gründen kam es dagegen erst nach der Bildung der Bundesrepublik Deutschland. Erst mit Inkrafttreten des Art. 9 im Grundgesetz am 23. Mai 1949 wurde die Koalitions- und Vereinigungsfreiheit wieder als ein demokratisches Grundrecht verankert. Damit wurde der Lizenzierungszwang aufgehoben, so dass die Ar-



Die Erinnerung an den CMV war noch ganz präsent.

beitnehmer frei über ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluss entscheiden konnten.

Die christlichen Gewerkschaften hätten sich sodann auch neu und frei bilden können. Dies geschah

in den darauffolgenden Monaten jedoch nicht konsequent. Zahlreiche christliche Gewerkschafter der Weimarer Republik, die insbesondere aus den Arbeitergewerkschaften entstammten, diskutierten den Einheitsgewerkschaftsgedanken. Sie gaben nicht auf, daran zu glauben, dass im Industriegewerkschaftsprinzip eine Chance besteht, wenn die Grundsätze der parteipolitischen Neutralität geachtet werden.

Die angestrebte Fraktionslösung

Außerdem strebten sie eine Fraktionslösung unter dem Dach des DGB an. Sie wollten eine satzungsmäßig festgeschriebene Fraktion christlicher Gewerkschafter im DGB. Dazu gehörte auch eine eigene Finanzhoheit.

Diese Karikatur aus der DGZ 1959-2 zeigt, wie viel Kritik am DGB sich über die Jahre angestaut hatte.



Dieses Modell gab es in Kontinentaleuropa vorher nicht. Es hat sich, aufgrund einer vergleichbaren Geschichte der Gewerkschaftsbewegung unter den Nationalsozialisten in Österreich durchgesetzt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung unter den Arbeitern wartete in Deutschland mit Neugründungen erst einmal ab. Ganz anders die Angestelltengewerkschaften. Diese machten vom freien Recht des Grundgesetzes Gebrauch.

So gründete sich 1950 der Deutsche Handlungsgehilfenverein (DHV) erneut. Und auch der Verband weiblicher Angestellter (VwA) nutzte diese Chance wenige Monate später. Getragen wurden diese Gründungen aus dem Selbstverständnis, dass Gewerkschaften

parteipolitisch unabhängig sein müssen.

Das Kriterium der parteipolitischen Neutralität

Was in der Bundesrepublik Deutschland von einer Einheitsgewerkschaft an parteipolitischer Neutralität und an weltanschaulicher Toleranz erwartet werden müsste, hat Lothar Roos in der Schrift „Die Einheitsgewerkschaft im Lichte der katholischen Soziallehre“ zutreffend wie folgt umschrieben:
„Eine Einheitsgewerkschaft ist parteipolitisch neutral, wenn sie sich zu keiner politischen Partei bekennt, wenn sie keine Politik im Sinne, zugunsten oder unter Führung einer Partei macht, wenn sie keine festen Bindungen pflegt zu einer Partei - sowohl de jure wie de facto.“

Diese maßgeblichen Kriterien der parteipolitischen Neutralität und der weltanschaulichen Toleranz konnten christlich-soziale Gewerkschafter in den fünfziger Jahren immer weniger bei den „Einheitsgewerkschaften“ unter dem Dach des DGB erkennen. Der DGB und seine Industriegewerkschaften übernahmen die Rolle von Hilfstuppen der sozialdemokratischen Partei.

„SPD und DGB sind Kinder einer Mutter“

Es waren schließlich zwei Ereignisse, die dazu führten, dass sich die christliche Arbeiterschaft zu neuen Gewerkschaften formierten. Im Jahr 1953 rief der DGB anlässlich der Wahl zum Deutschen Bundestag zum Kampf gegen die von Bundeskanzler Adenauer geführte Christlich Demokratische Union auf. Durch diese Haltung wurde mittelbar zur Unterstützung der politischen Opposition aufgerufen, bestehend aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Das parteipolitische Neutralitätsgebot war erheblich verletzt worden und führte zu erheblichem Widerspruch der christlich-sozialen Gewerkschafter im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Am 16. September 1953 richteten die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, die katholischen und die evangelischen Arbeitervereine einen Brief an den DGB-Vorstand. In diesem stellten sie eine Reihe von Forderungen auf, die als Bedingungen für die Einheit der Gewerkschaften gelten sollten. Diese Forderungen blieben vom DGB-Vorstand jedoch unbeantwortet, sofern die öffentliche Erklärung des damaligen DGB-Vorsitzenden Freitag nicht als Antwort gelten sollte: „SPD und DGB sind Kinder einer Mutter“

Die Öffentlichkeit hatte den Eindruck, dass die Spitzenfunktionäre des DGB die Abtrennung der ihnen lästig gewordenen Mahner aus dem christlich-sozialen Lager geradezu herausfordern wollten.

Wiedererwachte Christliche Gewerkschaftsbewegung

Es waren die sozialistisch orientierten Kräfte unter dem Dach des DGB, die dazu führten, dass die christliche Gewerkschaftsbewegung auch in der Arbeiterschaft wieder Fuß fasste. Denn mit der Aufgabe der weltanschaulichen Toleranz verschreckte der DGB zahlreiche Mitglieder, die überzeugte Anhänger des Prinzips der Einheitsgewerkschaft waren, sich aber nicht politisch an die deutsche Sozialdemokratie binden lassen wollten.

Als Reaktion auf dieses Verhalten wurden im Jahre 1955 die christlichen Arbeitergewerkschaften in der „Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ (CGD) wiedergegründet. ■



[ak]



Über Adam Stegerwald

Adam Stegerwald, geboren am 14. Dezember 1874 in Greußenheim bei Würzburg und gestorben am 3. Dezember 1945 in Würzburg, war Mitbegründer der christlichen Gewerkschaften in Deutschland und der CSU in Bayern.

Am 21. November 1920 hielt der christliche Gewerkschaftsführer und Zentrumspolitiker seine berühmte Essener-Rede auf dem 10. Kongress der Christlichen Gewerkschaften in der Ruhrmetropole. Stegerwald benannte klar als das Hauptproblem der Weimarer Republik, die konfessionelle und politische Zersplitterung der Parteien. Aus diesem Grund trat er schon damals für die Gründung einer neuen, überkonfessionellen und antisozialistischen Partei ein. Diese neue Partei sollte „deutsch, christlich, demokratisch, sozial“ sein.

Die Vision einer interkonfessionellen Volkspartei forderte er gegen den zum Teil erbitterten Widerstand von Seiten der Kirchen. Diese hatten zuvor schon die interkonfessionellen, christlichen Gewerkschaften nicht gutgeheißen, was Stegerwald kritisierte. So stellte er auf der ersten Internationalen Konferenz Christlicher Gewerkschafter vom 3. bis 5. August 1908 fest: „Solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verbieten, sich mit Andersgläubigen zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenzuschließen, solange hat kein Papst und kein Bischof das Recht, den Arbeitnehmern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich zu organisieren haben.“

Nach dem Krieg kam eine Neuauflage von Zentrum oder Bayerischer Volkspartei für Stegerwald nicht mehr in Frage. Er wurde zum führenden Kopf der Würzburger Gruppe, die neben der Münchner Gruppe um Josef Müller maßgeblich an der Gründung der Christlichen Sozialen Union (CSU) 1945 beteiligt war. Diese sollte auf einem christlichen Fundament stehen, aber konfessionell-religiös ungebunden sein und als echte Volkspartei allen Schichten offenstehen.

CGGM

V. i. S. d. P.: Sebastian Scheder, Bundesvorsitzender
CGM Hauptverwaltung, Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart
Tel 0711 248 47 88 0 - info@cgm.de

Tarifabschluss in der M+E-Industrie

Das wurde im Pilot-Abschluss für euch ausgehandelt:

Einmalzahlung

in Höhe von 600 € (Vollzeit, Teilzeit anteilig) bis zum 01.02.2025

Zweistufige Entgelterhöhung

+ 2,0 % zum 01.04.2025 und + 3,1 % zum 01.04.2026

Erhöhung der Auszubildendenvergütung

2025

www.cgm.de



CGM

Persönlich. Menschlich. Nah.

Dez. 24	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jan. 26
1 So	1 Mi	1 Sa	1 Sa	1 Di	1 Do	1 So	1 Di	1 Fr	1 Mo	1 Mi	1 Sa	1 Mo	1 Do
2 Mo	2 Do	2 So	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo	2 Mi	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr
3 Di	3 Fr	3 Mo	3 Mo	3 Do	3 Sa	3 Di	3 Do	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo	3 Mi	3 Sa
4 Mi	4 Sa	4 Di	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So
5 Do	5 So	5 Mi	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo
6 Fr	6 Mo	6 Do	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Sa	6 Mo	6 Do	6 Sa	6 Di
7 Sa	7 Di	7 Fr	7 Fr	7 Mo	7 Mi	7 Sa	7 Mo	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi
8 So	8 Mi	8 Sa	8 Sa	8 Di	8 Do	8 Do	8 Di	8 Fr	8 Mo	8 Mi	8 Sa	8 Mo	8 Do
9 Mo	9 Do	9 So	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo	9 Mi	9 Sa	9 Di	9 Do	9 So	9 Di	9 Fr
10 Di	10 Fr	10 Mo	10 Mo	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo	10 Mi	10 Sa
11 Mi	11 Sa	11 Di	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So
12 Do	12 So	12 Mi	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo
13 Fr	13 Mo	13 Do	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Sa	13 Mo	13 Do	13 Sa	13 Di
14 Sa	14 Di	14 Fr	14 Fr	14 Mo	14 Mi	14 Sa	14 Mo	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi
15 So	15 Mi	15 Sa	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 Mo	15 Mi	15 Sa	15 Mo	15 Do
16 Mo	16 Do	16 So	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo	16 Mi	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr
17 Di	17 Fr	17 Mo	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo	17 Mi	17 Sa
18 Mi	18 Sa	18 Di	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So
19 Do	19 So	19 Mi	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Fr	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo
20 Fr	20 Mo	20 Do	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Sa	20 Mo	20 Do	20 Sa	20 Di
21 Sa	21 Di	21 Fr	21 Fr	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Mo	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi
22 So	22 Mi	22 Sa	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 Mo	22 Mi	22 Sa	22 Mo	22 Do
23 Mo	23 Do	23 So	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo	23 Mi	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr
24 Di	24 Fr	24 Mo	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo	24 Mi	24 Sa
25 Mi	25 Sa	25 Di	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo	25 Do	25 Sa	25 Di	25 So	25 So
26 Do	26 So	26 Mi	26 Mi	26 Sa	26 Mo	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo
27 Fr	27 Mo	27 Do	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Sa	27 Mo	27 Do	27 Sa	27 Di
28 Sa	28 Di	28 Fr	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Sa	28 Mo	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi
29 So	29 Mi	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 Mo	29 Mi	29 Sa	29 Mo	29 Do
30 Mo	30 Do	30 So	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo	30 Mi	30 Sa	30 Di	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr
31 Di	31 Fr	31 Mo	31 Mo	31 Do	31 Sa		31 Do	31 So		31 Fr		31 Mi	31 Sa

frbw
 Jahrstraße 12, 70597 Stuttgart
 Kontakt: 0711 248 47 88 18
 info@frbw.de
 www.frbw.de

	Baden-Württ.	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Meck.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holst.	Thüringen
Winterferien	-	03.-07.03.	03.-08.02.	03.-08.02.	03.-04.02.	31.01.	-	03.-14.02.	03.-04.02.	-	-	24.02.-04.03.	17.02.-01.03.	27.-31.01.	(03.02.)	08.-08.02.
Osterferien	14.-26.04.	14.-25.04.	14.-25.04. 02.05.-30.05.	02.05.-30.05.	07.-19.04.	10.-21.03.	07.-21.04.	14.-23.04.-30.05.	07.-19.04.-30.04.	14.-26.04.	14.-25.04.	18.-25.04.-30.05.	18.-25.04.-30.05.	07.-19.04.	11.-25.04.-02.05.	07.-19.04.
Pfingstferien	10.-20.06.	10.-20.06.	10.06.	10.06.	10.04.-02.05.-30.05. 10.06.	02.05.-26.-30.05.	-	06.-10.06.	02.05.-30.05.-10.06.	10.06.	-	-	-	30.05.	30.05.	30.05.
Sommerferien	21.07.-13.09.	01.08.-15.09.	24.07.-05.09.	24.07.-05.09.	03.07.-13.08.	24.07.-03.09.	07.07.-15.08.	28.07.-06.09.	02.07.-13.08.	14.07.-26.08.	07.07.-15.08.	07.07.-14.08.	28.08.-08.09.	28.08.-08.09.	28.07.-06.09.	28.08.-08.09.
Herbstferien	27.10.-30.-31.10.	03.-07.11.-19.11.	29.10.-01.11.	20.10.-01.11.	13.-25.10.	20.-31.10.	06.-18.10.	02.10.-20.-25.10. 03.11.	13.-25.10.	13.-25.10.	13.-24.10.	13.-24.10.	06.-18.10.	13.-25.10.	20.-30.10.-28.11.	06.10.-18.10.
Weihnachtsferien	22.12.-05.01.26.	22.12.-05.01.26.	22.12.-02.01.26.	22.12.-02.01.26.	22.12.-05.01.26.	17.12.-02.01.26.	22.12.-10.01.26.	22.12.-05.01.26.	22.12.-05.01.26.	22.12.-06.01.26.	22.12.-07.01.26.	22.12.-02.01.26.	22.12.-02.01.26.	22.12.-05.01.26.	19.12.-06.01.26.	22.12.-03.01.26.

CGM
 Christliche Gewerkschaft Metall
 Hauptverwaltung
 Jahrstraße 12, 70597 Stuttgart
 Kontakt: 0711 248 47 88 0
 info@cgm.de
 www.cgm.de

125-JAHRE CHRISTLICHE GEWERKSCHAFT METALL

CGM tritt ADAM-Stegerwald-Kreis bei

Anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens tritt die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) dem Adam-Stegerwald-Kreis bei. Der gemeinnützige Verein aus Unterfranken widmet sich der politischen Bildung.

zusammen.“, betonte Sebastian Scheder, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft.

Beitritt zum Jubiläum

Der Beitritt der CGM erfolgte anlässlich des 125-jährigen Jubiläums der Gewerkschaft. Es unterstreicht das kontinuierliche Engagement der CGM für Demokratie und Gesellschaft.

„Anlässlich unseres Jubiläums ist dies ein besonders symbolträchtiger Moment für uns. Der Beitritt zum Adam-Stegerwald-Kreis ist für uns ein bedeutender Schritt, um das Erbe von Adam Stegerwald weiterzuführen und seine Vision einer gerechten und fairen Arbeitswelt zu verwirklichen. Nur wer weiß, wo seine Wurzeln liegen und woher er kommt, kann festlegen, wohin er will! Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Projekte, die vor uns liegen“, äußerte CGM-Bundesvorsitzender Scheder. ■

Mit großer Freude und Stolz gibt die Christliche Gewerkschaft Metall, die zweitgrößte Gewerkschaft in der Metall- und Elektroindustrie, bekannt, dass sie dem Adam-Stegerwald-Kreis beigetreten ist. Der Adam-Stegerwald-Kreis ist ein gemeinnütziger Verein, der sich vorrangig der politischen Bildung widmet, sich darüber hinaus aber auch um die Grabpflege der Ruhestätte Stegerwalds in Greußenheim bei Würzburg kümmert. Der Verein wurde 1967 gegründet und ist den Zielen Adam Stegerwalds verbunden. Er setzt sich ein für:

- Die Sicherung der sozialen Marktwirtschaft und die Verhinderung von Monopolen
- Die Förderung der christlichen Soziallehre und die gerechte Teilhabe am Wirtschaftsleben
- Die Förderung der Bildungschancen der Kinder und die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens

„Dies sind alles Ziele, denen sich die CGM ebenfalls verbunden fühlt. Der Adam-Stegerwald-Kreis und die CGM passen beide gut

um **140 € pro Lehrjahr** für Azubis und DH-Studierende ab 01.01.2025 sowie + 3,1 % zum 01.04.2026

Erhöhung des T-ZUG B

Wandlungsumfang im T-ZUG

wird ausgeweitet

Zugangsvoraussetzungen für T-ZUG

werden vereinfacht

Laufzeit
25 Monate

Wirksam rückwirkend
ab 01.10.2024

Noch kein Mitglied?

Gleich eintreten und von den Vorteilen der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft profitieren! Unter www.cgm.de/Aufnahmeantrag oder den QR-Code scannen:



Noch Fragen?

Wendet euch gerne an die Betriebsräte oder Geschäftsführer der CGM.

Persönlich. Menschlich. Nah.

125 JAHRE CGM

CMV WIEDERGRÜNDUNG IN WESTDEUTSCHLAND

Der CMV erlebte nach der Wiedergründung 1956 rasches Wachstum, etablierte Tarifpartnerschaften und gewann an Einfluss. Insbesondere durch den Streik von 1963 stärkte er seine Position.

Die Wiedergründung des Christlichen Metallarbeiterverbands (CMV) in Westdeutschland erfolgte am 4. August 1956 bei einem Treffen im Kettlerheim in Duisburg. Auf dieser Konstituierungsversammlung wurde Hubert Lindemann aus Essen zum ersten Vorsitzenden gewählt. Der Verband erhielt seinen Sitz in Essen. Zur Gründungsversammlung waren auch der Sekretär des internationalen Verbands Christlicher Metallarbeiter, Anton Heil aus der Schweiz, sowie die Vorsitzenden der Metallarbeiterverbände aus den Niederlanden und dem Saarland angereist.

Erste Mitglieder aus dem DGB-Umfeld

Der CMV konnte bald nach seiner Gründung erste Mitglieder aus dem Umfeld des Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gewinnen, darunter der Vorsitzende der Christlichen Kollegen im DGB, Funken, und mehrere seiner Kollegen, die am 1. August der Christlichen Gewerkschaft Deutschlands (CGD) beitraten.

Dieser Mitgliederzuwachs setzte sich kontinuierlich fort, sodass der CMV noch 1956 die Mitgliederzahlen des bis dahin führenden Christlichen Bergarbeiterverbands (CBV) übertraf. Auch in der Tarifarbeit war der gerade wiedergegründete Verband umtriebiger. Bereits im Gründungsjahr 1956 schloss der CMV einen ersten Tarifvertrag mit Volkswagen ab.

Der Gesamtdeutsche CMV

Am 24. März erfolgte in Saarbrücken die Vereinigung des CMV Westdeutschland mit dem bereits wiedergegründeten CMV-Saar. Der neue Verband behielt den Namen „Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands (CMV)“ bei, und Lindemann blieb kommissarisch weiterhin Vorsitzender.

Der erste gemeinsame Verbandstag der wiedervereinigten Verbände fand dann am 28. und 29. September 1957 im Kolpinghaus Duisburg statt. Dort legte Lindemann die Wertebasis der Gewerkschaft dar und erinnerte an die Grundsätze, welche von den Gründungsvätern der Gewerkschaft formuliert worden waren:

„Die Vorstellung des christlichen Menschen, die Anerkennung der menschlichen Persönlichkeit, die Wahrung der unveräußerlichen Menschenrechte, das Bekenntnis zum sozialen Rechtsstaat und zur Demokratie, die Vereinigung aller christlichen Arbeitnehmer in allen Staaten und Weltteilen.“

Als zentrales Ziel nannte Lindemann die Teilhabe der Arbeitnehmerschaft am aufstrebenden deutschen Wirtschaftswunder

und forderte: „Die deutsche Wirtschaft hat sich von den Folgen des verlorenen Krieges weitgehend erholt. Der Zeitpunkt scheint gekommen zu sein, den Arbeitnehmer neben seinem Lohn am Reingewinn zu beteiligen.“



DGZ 1958-10

Der erste Verbandstag des CMV bestätigte Lindemann als Vorsitzenden, während die Kollegen Beyer aus Schweinfurt und Thiel aus Saarbrücken zu gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden ernannt wurden. Neben Volkswagen zählte 1957 auch der Arbeitgeberverband



DGZ 1959-6

Bayern schon zu den Tarifpartnern der CMV. Zudem engagierte sich der Verband unmittelbar nach seiner Gründung auch im Bereich des Handwerks. Zu einem der politischen Hauptthemen dieser Zeit entwickelte sich der Einsatz für einen arbeitsfreien Sonntag, den der CMV ausdrücklich forderte.

Der Verbandstag 1960

Auf dem zweiten Verbandstag, der am 2. und 3. Juli 1960 in Duisburg stattfand, konnte der CMV weitere Fortschritte vermelden. Der Verband hatte fast alle in der Bundesrepublik gültigen Tarifver-



Gleich nach der Gründung erfuhr der CGD großes Interesse und starken Zuspruch.

träge für die Stahl- und Eisenindustrie sowie die metallverarbeitende Industrie unterzeichnet. Insgesamt war der CMV in etwa 1.200 Betrieben vertreten und stellte 520 Betriebsräte in rund 200 Unternehmen. Die größten Mitgliederzahlen verzeichnete der Verband in den Regionen Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg. Bei diesem Verbandstag wurde auch mit Karl-Heinz Rembges ein neuer Vorsitzender gewählt.

Einen weiteren Erfolg konnte der CMV im Februar 1961 feiern. In den jahrelangen Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Volkswagenwerke hatte sich der CMV für eine soziale Privatisierung eingesetzt. Schließlich wurde entschieden, den Beschäftigten kostenlose Volksaktien anzubieten, um sie zu Miteigentümern ihres Unternehmens zu machen. Diese Idee fand breite Zustimmung, und so wurden etwa 25 Millionen D-Mark in Form von Gratisaktien an rund 65.000 Mitarbeiter verteilt.

Der CMV konnte durch die Gründung weiterer Betriebsgruppen und Erfolge bei den Betriebsratswahlen kontinuierlich wachsen. Zu den zentralen Forderungen der 1960er Jahre gehörte eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, damit alle gewerkschaftlichen Gruppen in Betrieben demokratisch mitwirken könnten.

Der CMV blickte optimistisch in die Zukunft, denn die Mitgliederzahlen stiegen stetig. Nach Angaben des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (CGD) traten 1961 monatlich etwa 1.000 neue Mitglieder bei, und die Beitragseinnahmen stiegen von 1960 auf 1961 um 25 %. Auch in der Tarifarbeit konnte sich der CMV als größte Gewerkschaft im CGD profilieren und erzielte zwischen 1959 und 1962 insgesamt 128 Tarifabschlüsse.

Die Feuertaufe in Baden-Württemberg

Drei Jahre später sollte der wiedergegründete CMV dann seine Feuertaufe erfahren. Am 29. April 1963, traten rund 175.000 Metallarbeiter in

Baden-Württemberg in den sogenannten Schwerpunktstreik. Dieser Streik entwickelte sich zu einem der folgenreichsten Arbeitskämpfe in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die weitreichende Vernetzung der deutschen Industrie führte dazu, dass die Auswirkungen dieses Arbeitskamps erstmals nicht mehr lokal begrenzt blieben. Die Folgen waren in der gesamten deutschen Wirtschaft spürbar. Da das Streikgebiet eine hohe Dichte an Zulieferbetrieben für die Automobilindustrie aufwies, zeigten sich hier erstmals die Auswirkungen eines Streiks innerhalb einer eng verflochtenen und stark abhängigen Volkswirtschaft.

Der CMV erkannte die möglichen Folgen dieses Streiks frühzeitig und rief schon im Vorfeld zur Sachlichkeit auf, um Maßlosigkeit im Arbeitskampf zu vermeiden. Der Verband schlug früh vor, ein Schlichtungs- oder Gutachtergremium einzusetzen, das den Streik begleiten sollte.

Trotz dieser Bedenken beteiligten sich die Mitglieder des CMV in Baden-Württemberg am Streik. Dieser Arbeitskampf stellte die Gewerkschaft auf eine harte Probe und erwies sich als Test für ihre Fähigkeit, die Interessen der Arbeitnehmer konsequent zu vertreten. Dabei konnte der CMV zeigen, dass er seine Mitglieder auch im Falle eines Streiks effektiv finanziell unterstützen konnte.

Der Vorsitzende des CMV, Rembges, berichtete 1963 auf dem Bundesgewerkschaftstag, dass die Teilnahme am Streik und an der darauffolgenden Aussperrung in Baden-Württemberg der Gewerkschaft einen starken Mitgliederzuwachs eingebracht hatte. In der öffentlichen Wahrnehmung hatte sich der CMV bewährt. Diesen Trend bestätigten die Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1963 im Saarland: Von den 284 zu wählenden Betriebsratssitzen in 25 Betrieben sicherte sich der CMV 125 Sitze – nur 20 Sitze weniger als die bedeutend größere Konkurrenzgewerkschaft. Damit bewies der CMV, dass er sich endgültig etabliert hatte. ■

[dh]

CGD-Tarifvertrag mit VW
Der Christliche Metallarbeiterverband (CMV) hat mit der Leitung des Volkswagenwerkes einen Tarifvertrag abgeschlossen, der für die VW-Werke Wolfsburg und Hannover gültig ist und sowohl Arbeiter als auch Angestellte erfasst. Damit ist der CMV in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands als Tarifpartner anerkannt worden und wird im Volkswagenwerk in Zukunft neben der IG Metall die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen. Der CMV besitzt auf dem Volkswagenwerk eine starke christliche Betriebsgruppe.

Die DGZ berichtete in Ausgabe 1957-1 über den ersten Tarifabschluss der CMV nach der Wiedergründung.



125 JAHRE CGM

„WO KOMMEN WIR HER - WO WOLLEN WIR HIN“

Mit Ehrengästen aus Nah und Fern feierte der CGM-Bezirk Herrenberg/Böblingen das 125-jährige Bestehen der Gewerkschaft in Maichingen.

Der CGM-Bezirk Herrenberg/Böblingen hatte am 20. Oktober 2024 zur 125-Jahrfeier der CGM ins Gemeindehaus St. Anna in Maichingen eingeladen. Mit rund 100 Gästen startete die Feier mit einem Sektempfang. Dirk Junger, Bezirksvorsitzender Herrenberg/Böblingen begrüßte die Gäste und hieß alle herzlich willkommen. Er freute sich über das zahlreiche Erscheinen, der eingeladenen Mitglieder, Vertrauensleute, sowie Ehrengäste und befreundete Bezirke, und Landesverbände.

Als Ehrengäste nahmen der ehemalige Bezirksvorsitzende Paul Zechmeister, der ehemalige Bundesvorsitzende Reiner Jahns, der Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz Dieter Wünstel mit Ehefrau teil. Des Weiteren der amtierende Landesvorsitzende Ralf Holten, der sein Grußwort an die Gäste richtete: Die CGM kann stolz auf ihr 125-jähriges Bestehen sein. Danach richtete Robert Sommer, Geschäftsführer der Geschäftsstelle in Sindelfingen sein Wort an die anwesenden Gäste. Seine Kernbotschaft: Gewerkschaften müssten sich deutlicher positionieren. Wir wollen wieder hin zu einer sozialeren und gerechteren Arbeitswelt.

Ehrengäste aus der Politik

Danach richtete Marc Biadacz, Bundestagsabgeordneter der CDU, sein Grußwort an die Gäste. Er bedankte sich für die Einladung und betonte die Wichtigkeit der Gewerkschaften. Ohne den Einsatz der ehrenamtlichen Tätigkeiten wäre Deutschland heute nicht da, wo es heute steht. Politik und Gewerkschaften müssen eng zusammenarbeiten, um den Wirtschaftsstandort Deutschland in Europa zu stärken.

Ein weiterer Ehrengast war der Vorsitzende des Maichinger CDU-Ortsverbandes Dr. Michael Ciesla, der sich ebenfalls über die Einladung gefreut hat. Er war stolz, dass die Feierlichkeiten im Blauen Haus in Maichingen stattfand.



v.l. Ralf Holten, Jürgen Stahl, Dirk Junger



Dirk Junger mit dem Fahnenband zum Jubiläum

Ehren Medaille für Jürgen Stahl

Im Zuge der Feierlichkeiten konnte der Bezirk zwei langjährige und treue Kollegen mit der Franz-Wieber-Medaille auszeichnen, die für besondere Verdienste in der Gewerkschaft verliehen wird. Der Landesvorsitzende Ralf Holten ehrte Jürgen Stahl, ehemaliger Bezirksvorsitzender/ehemaliges Hauptvorstandsmitglied, um einige Ämter zu nennen.



v.l. Ralf Heinkele, Jürgen Stahl, Martina Schöck, Paul Zechmeister, Dirk

Eine weitere Ehrung erfolgte für Nuno Manuel Da Silva, ehemaliger, langjähriger Vertrauensmann, der leider nicht persönlich an der Feier teilnehmen konnte.

Ein weiterer Höhepunkt war die Bezirksfahnenführung. Der ehemalige Bezirksvorsitzende Paul Zechmeister hatte die Ehre, das Fahnenband zum 125-jährigen Jubiläum anzubringen.



Eine Feier des ehrenamtlichen Engagements

Dirk Junger, Bezirksvorsitzender Herrenberg/Böblingen, der den Vormittag durch das Programm führte, freute sich sehr über das Engagement innerhalb des Bezirks. Besonderen Dank galt seinem Team Martina Schöck, Jürgen Stahl, Vedat Eren und Ralf Heinkele, die gemeinsam mit ihm die Feier organisiert hatten.

Ebenfalls lobte er alle, die am Abend vorher tatkräftig mit angepackt hatten. Das ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich. Im Anschluss an all die Reden und Glückwünsche konnte Dirk Junger das bereits aufgebaute Mittagsbuffet eröffnen und wünschte allen zusammen einen angenehmen Tag im Kreise der CGM und guten Appetit. „Wir können uns heute selbst feiern und lassen es uns gemeinsam gut gehen!“, wünschte der Bezirksvorsitzende. ■

[nh]



CGM BADEN-WÜRTTEMBERG

EIN JAHR HEIZUNGSGESETZ – EINE BESTANDSAUFNAHME

Die CGM Baden-Württemberg besuchte die Fachtagung des FSHK in Baden-Württemberg. Die Fachtagung „SHKontakt 2024“ fand am 16. Oktober 2024 in Stuttgart statt.

Am 16. Oktober 2024 fand, wie bereits im Vorjahr, im neuen Schloss in Stuttgart die Fachtagung „SHKontakt 2024“ des Fachverbands Sanitär-Heizung-Klima Baden-Württembergs statt.

Der Hauptgeschäftsführer des Fachverbandes Baden-Württembergs, Wolfgang Becker moderierte die Veranstaltung und es gab jeweils einen Impulsvortrag des Vorstandsvorsitzenden des Fachverbandes Baden-Württembergs Stefan Menrath und von Herrn Dr. Hawal Shamon vom Forschungszentrum Jülich. Dessen Vortrag behandelte die Wärmewende und die Gesellschaft unter sozialwissenschaftlichen Aspekten. Anhand von Befragungsergebnissen vor und nach dem Ukrainekrieg zeigte er auf, wie Extremereignisse zu einem Umdenken in der deutschen Bevölkerung beigetragen und sich die Absichten von Eigenheimbesitzern verändert haben, klimaneutral eine Wärmepumpe zu installieren oder nicht.

Der Vortrag des Vorstandsvorsitzenden des Fachverbandes Baden-Württembergs Stefan Menrath behandelte ein aktuelles Bild der Auftragslage und die momentan noch sehr hohe Unsicherheit der Kunden seit der Einführung des neuen Heizungsgesetzes. Erschwerend hinzu kommt auch der Rückgang der Baugenehmigungen für das Ausbauhandwerk und dem Wohnungsbau allgemein, welches sich aber traditionsgemäß immer zeitversetzt im SHK-Handwerk äußert. Zumindest der Fachkräftemangel und die Materialknappheit haben sich deutlich verringert bzw. sogar erledigt.

Im Anschluss an die Vorträge gab es dann sehr interessante Gespräche und Diskussionen. An der Veranstaltung nahmen der für den Tarifbereich FSHK zuständige Geschäftsführer der CGM, Joachim Müller, der CGM-Geschäftsführer aus Sindelfingen, Robert Sommer, und als Vertreterin für den Landesvorstand Nicole Heinkele teil. ■



v.l. Hauptgeschäftsführer des Fachverbandes Baden-Württembergs, Wolfgang Becker, Nicole Heinkele CGM, Joachim Müller CGM, Robert Sommer CGM, Vorstandsvorsitzende des Fachverbandes Baden-Württembergs Stefan Menrath

CGM BADEN-WÜRTTEMBERG

BEZIRKSVERBAND STUTTGART IST STOLZ AUF SEINE MITGLIEDER

Der Bezirksverband Stuttgart hat wieder langjährige Mitglieder für ihre Treue und ihr Engagement geehrt.

Die Ehrungen fanden direkt an den jeweiligen Arbeitsplätzen statt, um den persönlichen Einsatz der Mitglieder zu würdigen.

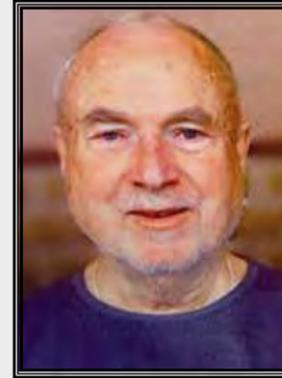
Bereits im Laufe des Jahres wurden Ehrungen durchgeführt, über die berichtet wurde. Wir sind stolz auf diese starke und treue Gemeinschaft! ■

[df]



Der Kollege Steffen Häfner nahm die Ehrungen vor.

Die CGM trauert um einen Mitstreiter, der seinesgleichen sucht.



**NACHRUF
NORBERT MÜLLER**

Mit tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem langjährigen Mitglied Norbert Müller, der am 08.08.2024 im Alter von 88 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist. Norbert Müller war seit dem 01.03.1961 Mitglied unserer Gewerkschaft und hat sich mit großem Engagement über Jahrzehnte für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt.

Als Kassierer des Bezirks Herrenberg/Böblingen prägte er über 30 Jahre die Arbeit vor Ort. Für seinen herausragenden Einsatz wurde er 2011 mit der Adam-Stegerwald-Medaille geehrt. Müller begann seine berufliche Laufbahn bei Daimler Benz, wechselte zu Amtex und später zu IBM. Schon als Lehrling setzte er sich für die Gewerkschaft ein und war ein engagierter Unterstützer der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV).

Seine Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und Offenheit machten ihn zu einem geschätzten Kollegen

und Freund. Der Kollege Müller hinterlässt seine Frau, ihre Söhne und Enkelkinder – sowie eine Lücke, die nur schwer zu schließen ist.

Wir als CGM verlieren mit Norbert Müller einen einzigartigen Mitstreiter. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.



In liebevoller Erinnerung nehmen wir Abschied.



**NACHRUF
JOSEF FORSTER**

Mit tiefem Bedauern nehmen wir Abschied von unserem geschätzten Mitglied Josef Forster, der am 3. September 2024 im Seniorenheim in Elsendorf verstorben ist. Josef wurde am 14. April 1932 geboren und hinterlässt eine bedeutende Lücke in unserer Gewerkschaft.

Als Gründungsmitglied der CMV-Betriebsgruppe Audi Ingolstadt und des CGB-Kreisverbands Ingolstadt hat Josef maßgeblich zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte beigetragen. Sein unermüdlicher Einsatz und seine Leidenschaft für die Belange der Beschäftigten wurden 1992 mit der Adam-Stegerwald-Medaille gewürdigt, die er seit dem 27. November 1992 trug.

Josef trat am 19. Oktober 1959 in die Audi AG ein und blieb bis zu seinem Austritt am 1. Mai 1994, als er in den wohlverdienten Ruhestand ging. Während seiner Zeit in der Sattlerei bei Audi

erzählte er oft von den Herausforderungen, mit denen der Betriebsrat konfrontiert war, und von den Schikanen, die er und seine Kollegen überwinden mussten, um für ihre Rechte zu kämpfen. Diese Geschichten waren nicht nur ein Zeugnis seiner eigenen Erfahrungen, sondern auch eine wertvolle Lektion für die nachfolgenden Generationen.

Solange es seine Gesundheit erlaubte, nahm Josef an jedem Neujahrsempfang der Stadt Ingolstadt sowie am Gewerkschaftsempfang am 30. April im Rathaus teil. Sein Engagement und seine Präsenz waren für viele von uns ein Zeichen der Verbundenheit und des Zusammenhalts.

Wir werden Josef Forster als einen engagierten Kämpfer für die Rechte der Arbeitnehmer und als geschätzten Freund in Erinnerung behalten. Möge er in Frieden ruhen.

CGB LANDESVERBAND BREMEN

ABWRACKPRÄMIE LÖST NICHT DIE PROBLEME DER AUTOMOBILINDUSTRIE

Am 19.Juni fand in der CDA-Hauptgeschäftsstelle in Berlin die konstituierende Bundesvorstandssitzung der CGB-Arbeitsgemeinschaft der CDA statt. Im Mittelpunkt der politischen Aussprache standen Rückblicke auf den CDU-Bundesparteitag und die Europawahlen.

Noch im April titelte das Handelsblatt „Autokonzerne erzielen Rekordzahlen – Mercedes am profitabelsten“. Nur ein halbes Jahr später ist die Euphorie Ernüchterung gewichen. Die Schlagzeilen lauten nun „Krise der Autobauer alarmiert EU“ und „Wie BMW, Mercedes und VW jetzt um ihre Zukunft kämpfen.“

Ursächlich für die überraschende mediale Wende war sicherlich der vom VW-Konzern am 2.September öffentlich verkündete Abbau von bis zu 30.000 Stellen, der nicht nur die Beschäftigten des Konzerns, sondern auch Politik und Öffentlichkeit aufgeschreckt hat. Schließlich geht es bei der Volkswagen AG nicht um irgendein Unternehmen, sondern um das größte Industrieunternehmen Deutschlands und einem der größten Automobilhersteller der Welt. Allein in Deutschland beschäftigt VW rund 120.000 Menschen, gut die Hälfte davon im Stammwerk Wolfsburg. Dass sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck denn auch umgehend zur Einberufung eines digitalen Automobil Gipfeltreffens veranlasst sah, kann daher nicht überraschen. Konkrete Ergebnisse hat der Gipfel mit den Chefs von BMW, Mercedes, VW, dem Verband der Automobilindustrie sowie der IG Metall allerdings nicht gebracht. Der Wirtschaftsminister stellte der Branche lediglich Hilfe in Aussicht. Wie eine solche Hilfe aussehen könnte und müsste ist allerdings umstritten. Der CGB verweist darauf, dass die jetzt medial verkündete Krise der Autobauer und ihrer Zulieferindustrie trotz der vermeldeten Rekordgewinne nicht überraschend gekommen ist, sondern sich bereits einige Zeit abgezeichnet hat. Die deutsche Industrieproduktion ist bereits im letzten Jahr um 1,2 Prozent gesunken. Dies war bereits der zweite Rückgang in Folge und der vierte innerhalb von fünf Jahren. Für 2024 rechnet das Statistische Bundesamt mit einem Rückgang um 5,3 Prozent.

Dass die Automobilindustrie von diesem Rückgang verschont bleiben würde, konnte niemand ernsthaft erwarten. Zwar ist die Automobilproduktion im Juni noch gestiegen, dafür war der Rückgang im August mit 8,1 Prozent deutlich höher als in der gesamten Industrieproduktion. Die Automobilindustrie leidet insbesondere unter ihrer hohen Exportabhängigkeit. 70 Prozent ihres Umsatzes entfallen auf das Ausland und hier insbesondere auf China und die USA. Vor allem in China haben die deutschen Autobauer es jedoch zunehmend schwerer, sich am Markt zu behaupten. Im Bereich der E-Mobilität hat China Deutschland längst abgehängt. Während in Deutschland im August von den Pkw-Neuzulassungen lediglich 13,7 Prozent auf E-Autos entfielen, und Benziner und Diesel mit zusammen 50,3 Prozent das Gros der Zulassungen ausmachten, lag der Marktanteil der Elektro-Autos in China bereits im letzten Jahr bei 23,7 Prozent. Und China fährt nicht nur elektrisch, sondern exportiert seine E-Autos auch: 57 Prozent aller weltweit verkauften E-Autos stammen aus chinesischer Produktion! Die deutschen Autobauer haben diese Entwicklung weitgehend verschlafen. Insbesondere VW hat noch immer kein kleines, günstiges E-Auto in seiner Produktpalette. BMW und Mercedes können sich hingegen im Luxussegment noch behaupten, müssen sich jedoch mit geringeren Gewinnmargen begnügen als bei Verbrennern. Eine Abkehr von dem von der EU für 2035 beschlossenen Verbrenner-Aus, wie es die Union ins Spiel gebracht hatte, würde daher nach Meinung des CGB die Absatzprobleme der deutschen Autobauer in China nicht lösen.



Es würde zudem die bestrafen, die sich auf das Verbrenner-Aus eingestellt haben, wie Automobilzulieferer wie ZF, die erheblich in die Umstellung auf Module und Bauteile für E-Fahrzeuge investiert haben und nun darauf angewiesen sind, dass ihnen diese Fahrzeugkomponenten auch im zugesicherten Umfang abgenommen werden. Die deutsche Automobilindustrie kommt daher nicht umhin, vorrangig selbst etwas zu tun, um ihre Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der E-Mobilität zu verbessern. Die finanziellen Mittel hierfür dürften bei Konzernen wie BMW, Mercedes oder VW, die noch im letzten Jahr in der Lage waren, ihren Aktionären 13 Milliarden Euro Dividende auszuzahlen, vorhanden sein. VW und andere Autobauer dürfen daher auch kein gewerkschaftliches Entgegenkommen bei Plänen zum Stellenabbau und Werksschließungen erwarten, bei denen es den Unternehmen vorrangig um Sicherung oder Steigerung der Umsatzrentabilität geht. Auch Steuerermäßigungen für den Kauf eines E-Autos, wie sie der niedersächsische Ministerpräsident Weil ins Spiel gebracht hat, oder die Neuaufgabe einer Kaufprämie, wie sie SPD und IG Metall fordern und auch der VW-Chef befürwortet, werden vom Bremer CGB abgelehnt, da sie nur ein kostspieliges Strohfeuer entfachen würden. Unterstützt wird vom CGB hingegen die Forderung nach Entschärfung der von der EU vorgegebene CO2-Flottengrenzwerte, die die Automobilbauer zur kontinuierlichen Absenkung der CO2-Emissionen ihrer in Europa neu zugelassenen Pkw zwingt und Strafzahlungen vorsieht, wenn die Zielvorgaben nicht eingehalten werden. Nach derzeitiger Regelung gelten ab Ende 2025 neue Zielvorgaben, nach denen die durchschnittlichen CO2-Emissionen von Neuwagen gegenüber den Werten von 2021 um 15 Prozent sinken müssten. Bei einem weiterhin geringen E-Auto-Anteil könnten Autobauer wie VW die neuen Flotten-Grenzwerte nicht erreichen, so dass Bußgeldzahlungen in Milliardenhöhe fällig würden. Eine Verschiebung der planwirtschaftlichen CO2-Zielvorgaben ist daher sinnvoll und vertretbar und würde zudem zusätzlichen Spielraum für die Suche nach alternativen Möglichkeiten zur CO2-Reduktion in der Automobilindustrie verschaffen. Prinzipiell wären nach Auffassung des CGB die Flotten-Grenzwerte gänzlich verzichtbar, da mit dem Emissionshandel auch im Verkehrssektor ein weit besseres und marktwirtschaftlicheres Instrument zur CO2-Reduktion und zum Klimaschutz existiert.

Den Staat sieht der CGB in Verantwortung bei der Schaffung der für die geforderte Elektromobilität notwendigen Ladeinfrastruktur und der Gewährleistung günstigen Ladestroms. Insbesondere die nicht flächendeckende Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge halten in Deutschland noch viele Interessenten vom Umstieg auf ein E-Auto ab. Von den 1 Million Ladepunkten, die bis 2030 für notwendig erachtet wurden, sind bislang noch keine 10 Prozent errichtet.

Wichtiger als Einzelmaßnahmen zur Unterstützung der Automobilindustrie erachtet der CGB jedoch den Stopp der schleichenden De-Industrialisierung Deutschlands. Die aus Klimaschutzgründen geforderte Dekarbonisierung darf nicht länger mit Zwangsvorgaben und Strafordrohungen durchgesetzt werden. China hat seinen hohen Grad an E-Mobilität auch ohne ein Verbrenner-Verbot erreicht.

Auch wir sollten stärker auf Technologie- und Innovationsoffenheit setzen. Dazu gehören Bürokratieabbau und mehr Handlungsfreiheit für die Unternehmen. Der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der im hohen Maße exportabhängigen deutschen Industrie ist durch Schaffung wettbewerbsfähiger Rahmen- und Standortbedingungen Rechnung zu tragen. Dies gilt u.a. im Hinblick auf die Energiekosten und die Steuerbelastung. Die Wachstumsinitiative der Bundesregierung mit ihren 49 geplanten Maßnahmen wird in diesem Zusammenhang vom CGB ausdrücklich begrüßt. Sie besteht bislang aber weitgehend nur auf dem Papier und bedarf noch haushaltspolitischer Beschlüsse des Deutschen Bundestages. ■

[pr]

CGB / CDA AG

CGB AG ERFOLGREICH AUF CDA-BUNDESTAGUNG

Mitte September fand in Weimar die Bundestagung der CDA, der CDU Sozialausschüsse, statt. Hier war auch die CGB/CDA AG vertreten.

Im Mittelpunkt der Bundestagung der CDA stand die Rede des CDU-Bundesvorsitzenden Friedrich Merz und der Wechsel im Bundesvorsitz. Nach fast 20 Jahren gab Minister Karl-Josef Laumann den Bundesvorsitz ab. Neuer CDA-Chef ist der Europaabgeordnete Dennis Radke. Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung war die Antragsberatung.

Mit sieben Anträgen hat sich die Arbeitsgemeinschaft der CGB-Gewerkschafter in der CDA eingebracht. Die Anträge zur Tarifbindung und Tariftreue, sowie die Aktualisierung der betrieblichen Mitbestimmung, das heißt eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetz fanden Zustimmung. Dies gilt auch für den Antrag der einen Aktionsplan zur Steigerung der Tarifbindungsquote zum Thema hat. Die Anträge „Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und Besetzung von Tarifausschüssen wurden als Arbeitsauftrag an die CDU/CSU Arbeitnehmergruppe geleitet. Auch der Antrag auf Abschaffung des Tarifeinheitsgesetzes ist an die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU weitergegeben worden.

Der Antrag, der sich gegen Steuerfreiheit oder Steuerbegünstigung von Überstunden ausspricht, wurde ebenfalls fast einstimmig angenommen. Auch personell war die CGB/AG erfolgreich. Ihr Vorstandsmitglied Michael Wolter von der CGM, der auch stellvertretender Landesvorsitzender der CDA Brandenburg ist wurde mit einem der besten Ergebnisse in den Vorstand gewählt. Kraft Amtes gehört der CGB AG-Vorsitzende Ulrich Bösl von der CGPT dem CDA-Bundesvorstand an. ■

[ub]

CGB

DEUTSCHLAND BRAUCHT STABILITÄT

CGB warnt vor taktischer Wahlverschleppung

Was sich seit längerem abzeichnet hat, ist seit Mittwoch Realität: Die Ampel ist am Ende. Der Kanzler hat als erster die Nerven verloren und seinen Finanzminister geschasst. Was bleibt, ist eine Minderheitsregierung aus Rot-Grün, ohne FDP, wenn man von Volker Wissing absieht, der gerne Minister bleiben wollte und dafür schnell sein FDP-Parteibuch zurückgegeben hat. Die Minderheitsregierung kann allerdings nur noch verwalten und nicht gestalten. Zwar hat Kanzler Scholz angekündigt, dass er in den Sitzungswochen des Bundestags bis Weihnachten noch alle Gesetze zur Abstimmung stellen will, die keinen Aufschub dulden, ob er hierfür jedoch noch Mehrheiten findet, ist mehr als fraglich. Das Rentenpaket II war selbst in der Ampel umstritten und wird von der Union abgelehnt, bei der Krankenhausreform steht die Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat zu erwarten und dass sich eine Mehrheit für den Haushaltsentwurf für 2025 mit seinen Deckungslücken in Milliardenhöhe findet, ist völlig unwahrscheinlich.

Esstehtsomitzuerwarten, dass die Rumpfregierung bis zur vorgezogenen Bundestagsneuwahl, die Olaf Scholz für Ende März anstrebt, nur noch im Rahmen des Nothaushaltsrecht gemäß Artikel 111 Grundgesetz agieren kann. Dies bedeutet, sie kann bereits bewilligte Vorhaben fortführen und alle vorhandenen rechtlichen Verpflichtungen erfüllen, jedoch keine kostenintensiven neuen Vorhaben starten. In einer Zeit, wo es Investitionen in Milliardenhöhe bedarf, sei es für die Sicherung von Kranken- und Pflegeversicherung, die Sanierung maroder Infrastruktur, die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr oder Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, käme es bis zum Amtsantritt einer neuen Bundesregierung zu monatelangem politischem Stillstand, den sich das Land nicht leisten kann. Deutschland braucht schnellstens eine verlässliche Regierung zur Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Neuwahlen sollten daher nach Auffassung des CGB so bald als möglich eingeleitet werden und nicht erst nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen, von deren Ausgang sich Olaf Scholz politischen Rückenwind für die SPD und seine erneute Kanzlerkandidatur verspricht. Wenn der Noch-Kanzler sich nicht der politischen Insolvenzverschleppung schuldig machen will, sollte er noch im Dezember im Bundestag die Vertrauensfrage stellen und damit den Weg für Neuwahlen freimachen.

Der CGB verweist darauf, dass jedes weitere Hinauszögern von Neuwahlen die extremistischen Kräfte von rechts und links stärkt, die bereits von der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus profitieren dürften. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Regierungsneubildung ohnehin nicht einfach werden wird. Zwar könnten CDU/CSU bei der Bundestagswahl aktuell mit 32 bis 33 Prozent der Wählerstimmen rechnen, wären aber dennoch auf Koalitionspartner angewiesen. Hierfür stünden voraussichtlich lediglich SPD und Grüne zur Verfügung, die aber gerade in der Ampel ihre unzureichende Kompromissbereitschaft unter Beweis gestellt haben. ■

[hr]

FRANZ-RÖHR-BILDUNGSWERKE (FRBW)

FRBW-BILDUNGSZEITSEMINAR

NEUWAHLEN BEIM FRBW

Turnusgemäß standen Ende September die Neuwahlen beim Trägerverein unseres gewerkschaftseigenen Franz-Röhr-Bildungswerkes (FRBW) an.

Hier kam es zu umfassenden personellen Veränderungen. Der scheidende Vorsitzende Thomas Grohs berichtete der Mitgliederversammlung von einem letzten erfolgreichen Jahr seiner ausgehenden Amtszeit. Er, seine Stellvertreterin Gabriele Blässing-Haufe, sowie die Beisitzer Hans Rieß und Jens Jacobsen standen für eine weitere Amtszeit aus persönlichen Gründen jedoch nicht mehr zur Verfügung.

Bei den darauffolgenden Neuwahlen wurden jeweils einstimmig folgende Bewerber und Bewerberinnen gewählt: Karsten Ristow (Vorsitzender), Christian Hertzog (stellvertretender Vorsitzender), Tatjana Roeder und Bernhard Bauernfeind (beide Beisitzer).

Ich danke – persönlich aber auch im Namen des gesamten CGM-Hauptvorstandes – den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit der letzten vier Jahre! Insbesondere dem Kollegen Thomas Gros ist die größte Anerkennung für seine Bereitschaft zu zollen, das Franz-Röhr-Bildungswerk im Jahr 2019 zu übernehmen, als Not am Mann war und nahezu niemand die Bereitschaft hatte, die Führung unseres Bildungswerkes zu verantworten. Ihm und seiner Vorstandsmannschaft ist es gelungen, dass das FRBW gerade die außerordentlich schwierigen Corona-Jahre gut überstanden hat und nun auch technisch runderneuert an geeignete Nachfolger übergeben werden konnte.

Ein ebenso großes „Vergelt's Gott!“ gebührt dem bisherigen Geschäftsführer des FRBW Leonardo Chiarelli, der sich entschieden hat, neue berufliche Wege zu gehen und das FRBW zum 30.11.2024 verlassen wird. Lieber Leo, vielen Dank für deinen gezeigten Einsatz und die besten Segenswünsche für deinen weiterten beruflichen wie privaten Lebensweg!

Der neuen FRBW-Führungsmannschaft wünsche ich an dieser Stelle alles Gute, viel Erfolg und immer ein glückliches Händchen! ■

[dh]



LEBENDIGE DEMOKRATIE BEGINNT AM ARBEITSPLATZ – TEIL II

Unter dem Untermotto „Zusammenhalt und Geschlossenheit ist keine Selbstverständlichkeit“ fand vom 21. - 25. Oktober 2024 auf dem STB-Campus in Bartholomä ein vom Franz-Röhr-Bildungswerk organisiertes Seminar statt. Den Bildungsteilnehmer wurden Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie ihre Rolle und Funktion als aktiv beitragende Menschen im Betrieb begleiten können.

Zudem wurde der gesellschaftliche Wandel und die entsprechenden Veränderungsprozesse im Arbeitsalltag unter Berücksichtigung von Handlungs- und Unterstützungsstrategien praxisnah entwickelt. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurden die Arbeitnehmerschutzbestimmungen betrachtet und anhand von Fallbeispielen veranschaulicht. Dieser Ansatz ermöglichte es den Teilnehmern, die theoretischen Konzepte direkt auf konkrete Situationen anzuwenden und zu verstehen, wie sie im Arbeitsalltag umgesetzt werden können. Die Verwendung von Fallbeispielen half dabei, die Bedeutung und Relevanz der Arbeitnehmerschutzbestimmungen zu verdeutlichen und den Teilnehmern ein tieferes Verständnis für dieses wichtige Thema zu vermitteln. Am nächsten Tag hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, live den Arbeitsalltag eines Arbeitsgerichts zu erleben. Sie konnten dabei aktiv an Verhandlungen teilnehmen und die Prozesse vor Ort miterleben. Im Anschluss wurden die behandelten Fälle gemeinsam besprochen und die gefällten Entscheidungen analysiert.



Am dritten Tag stand die Entwicklung von Kampagnen im Fokus, sowie die zielgerichtete Vermittlung der daraus resultierenden Botschaften. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, praxisnah zu erfahren, wie Kampagnen konzipiert, geplant und umgesetzt werden, um bestimmte Botschaften gezielt zu kommunizieren. Dieser Schwerpunkt ermöglichte den Teilnehmern, ein tieferes Verständnis für die strategische Planung und Umsetzung von Kampagnen zu entwickeln und deren Bedeutung für die interne und externe Kommunikation in Betrieben zu erkennen. Tag vier tauchten die Teilnehmer in die Arbeit eines DRV-Rentenberaters ein. Walther Heyne stellte eindrucksvoll die Arbeit dieses Ehrenamtes vor und vermittelte anhand von Fallbeispielen, worauf man bei einer Rentenberatung achten muss. Am Nachmittag wurden dann die verschiedenen Rentenarten und ihre Voraussetzungen besprochen. Der letzte Tag des Seminars wurde genutzt um den Umgang mit anderen Gewerkschaften im Betrieb zu erörtern, zudem wurden mögliche Lösungswege erarbeitet. Nach einer intensiven Woche voller praxisnaher Einblicke und wertvollen Erfahrungen waren sich alle Teilnehmer einig, dass es sich um ein äußerst abwechslungsreiches und interessantes Bildungszeitseminar handelte. Sie möchten sich ausdrücklich bei Leonardo Chiarelli für die hervorragende Organisation bedanken. ■

[mr]



Seminarübersicht 2025 für Betriebsräte, SBVs und JAVs - Stand 29. August 2024

Datum	Seminartitel	Hotel	Zielgruppe	Stadt	Referent
März					
24.-28.	Arbeitsrecht 3 und aktuelle Rechtsprechung	Lago Hotel	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Ulm	
24.-28.	Betriebsverfassungsrecht 1 und aktuelle Rechtsprechung	Lago Hotel	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Ulm	
April					
31.03-04.04	Betriebsverfassungsrecht 2 und aktuelle Rechtsprechung	Scandic Hamburg Emporio	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Hamburg	
31.03-04.04	Grundlagenseminar Betriebsratswahlen	Scandic Hamburg Emporio	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Hamburg	
Mai					
12.-16.	Grundlagen der Jugend- und Auszubildendenvertretung	Qube Hotel Bergheim	JAVs und Betriebsräte	Heidelberg	
Juni					
02.-06.	Mobbing und Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz	Hotel Holzapfel	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Bad Füssing	
23.-27.	Arbeitsrecht 1 und aktuelle Rechtsprechung	Holiday Inn	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Lübeck	
23.-27.	Grundlagen des Sozialrechts	Holiday Inn	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Lübeck	
Juli					
14.-18.	Grundlagenseminar Betriebsratswahlen	Dorint Hotel	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Augsburg	
September					
17.-19.	Betriebsratsarbeit für Frauen	AC Hotel	Mitglieder Frauennetzwerk CGM	Würzburg	
22.-26.	Betriebsverfassungsrecht 3 und aktuelle Rechtsprechung	Hotel am Römerturm	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Köln	
Oktober					
20.-24.	Grundlagenseminar Betriebsratswahlen	Intercity Hotel	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Wiesbaden	
November					
03.-07.	Arbeitsrecht 2 und aktuelle Rechtsprechung	Hotel Krämerbrücke	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Erfurt	
19.-21.	Auffrischung Betriebsratswahl	Novotel City	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Karlsruhe	
Dezember					
01.-05.	Die Wahl der SBV	Lago Hotel	Betriebsräte, SBVs und JAVs	Ulm	

Seminarübersicht 2025 für Vertrauensleute und Bildungsurlauber - Stand 04. September 2024



Datum	Seminartitel	Hotel	Zielgruppe	Stadt	Referent
Februar					
13.-15.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 1	Stadtvilla Central	Vertrauensleute	Schweinfurt	
17.-21.	Wahlseminar	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Papenburg	
April					
07.-11.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 1	Bildungszentrum Kirkel	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Kirkel	
24.-26.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 2	Hotel Asgard	Vertrauensleute	Gersthofen	
Juni					
23.-25.	Frauenetzwerk CGM	Bildungszentrum Kirkel	Mitglieder des Frauennetzwerk	Kirkel	
Juli					
03.-05.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 2	Hotel Gasthof Knör	Vertrauensleute	Berg bei Neumarkt	
21.-25.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 1	Evangelische Tagungsstätte Birkach	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Stuttgart	
28.07 - 01.08	N.N.	Bildungszentrum Kirkel	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Kirkel	
September					
01.-05.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 2	Bildungszentrum Kirkel	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Kirkel	
11.-13.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 1	Ibis Regensburg City	Vertrauensleute	Regensburg	
Oktober					
20.-24.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 3	Bildungszentrum Kirkel	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Kirkel	
November					
13.-15.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 3	Gästehaus Lindenhof	Vertrauensleute	Rettenbach am Auerberg	
17.-21.	Wahlseminar	Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Bad Zwischenahn	
24.-28.	Seminar zur beruflichen und politischen Bildung	Bildungszentrum Kirkel	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Kirkel	
24.-28.	Lebendige Demokratie beginnt am Arbeitsplatz Teil 3	Bildungszentrum Schloss Flehingen	Vertrauensleute/ Bildungsurlauber	Oberderdingen	

SEMINARWOCHE IN BAD FÜSSING

RENTEN- & SOZIALVERSICHERUNGS- RECHT LEICHT GEMACH

Das deutsche Renten- und Sozialversicherungsrecht ist komplex. Aus diesem Grund widmete das FRBW diesem Thema eine ganze Seminarwoche in Bad Füssing. Am Ende wurde deutlich, unser Seminar hat für Klarheit gesorgt!



Bildnachweis © 368245514 - Martin - www.stock.adobe.com

Um den komplexen Herausforderungen des demografischen Wandels und den sich ständig ändernden Rahmenbedingungen der Sozialversicherung zu begegnen, ist eine kontinuierliche Weiterbildung von Betriebsräten im Bereich des Renten- und Sozialversicherungsrechts unerlässlich.

Das Seminar zielte darauf ab, Betriebsräten ein umfassendes Verständnis des komplexen Renten- und Sozialversicherungsrechts zu vermitteln. Durch die Vermittlung von aktuellem Fachwissen sollten die Teilnehmer*innen in die Lage versetzt werden, ihre Beratungsfunktion für die Belegschaft zu stärken und sich aktiv an betrieblichen Verhandlungen zu beteiligen.

Als Referenten standen Herr Dr. Heiko Weidenthaler, Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht, Herr Joachim Vetter, ehemaliger Präsident des LAG Nürnberg und Herr Maucher, Abteilung Rehabilitation und Sozialmedizin DRV Bayern Süd.

Abgerundet wurde das Seminar durch den Besuch und die Führung des Augustiner Chorherrenstift Reichersberg. Die Kombination aus barocker Pracht, religiöser Bedeutung und der lebendigen Gemeinschaft der Augustiner Chorherren bot eine einmalige Gelegenheit in eine fremde Welt einzutauchen. ■

INFOS ZU IHREM SCHULUNGSANSPRUCH



<https://www.frbw.de/schulungsanspruch/>

SEMINAR ZUR POLITISCHEN BILDUNG IN BERLIN

DAS JÜDISCHE LEBEN IN BERLIN

Unser jüngstes Seminar zur politischen Bildung führte uns vom 13.-14. Juni auf eine faszinierende Reise durch das jüdische Berlin, eine Stadt mit einer reichen und komplexen Geschichte, die das jüdische Leben in all seinen Facetten zeigt.

Das Seminar startete mit einem aufschlussreichen Gespräch bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) zum Thema „Fake News“. Dieses Gespräch bot den Teilnehmenden wertvolle Einblicke in die Mechanismen und Auswirkungen von Stereotypen und Fehlinformationen im digitalen Zeitalter.



Die Teilnehmer der Vertrauensleuteschulung

Im Folgenden besuchten die Teilnehmenden das Judaicum, wo die Teilnehmenden eine umfassende Führung erhielten. Die Ausstellung bot ihnen wertvolle Einblicke in die jüdische Kultur, Religion und Geschichte.

Ein kulturelles Highlight des Seminars war der Besuch des Theaterstücks „Der Dibbuk“ im Deutsch-Jüdischen Theater. Das Stück, das auf einer alten jüdischen Legende basiert, bot der Gruppe nicht nur eine spannende Geschichte, sondern auch einen Einblick in die jüdische Theatertradition und die kreativen Ausdrucksformen der jüdischen Kultur.

Am letzten Seminartag besuchte die Seminargruppe die Lauder Beth-Zion Schule, sowie die Synagoge Rykestraße, einer der größten Synagogen Deutschlands.

Diese Besuche ermöglichten es den Teilnehmenden, das gegenwärtige jüdische Leben in Berlin zu erleben und die Bedeutung von Bildung, Gemeinschaft und Glauben in der jüdischen Tradition besser zu verstehen.



Das Seminar in Berlin war eine bereichernde Erfahrung, die den Teilnehmenden nicht nur die Geschichte und Kultur des jüdischen Lebens näherbrachte, sondern

auch die Bedeutung von Toleranz und interkulturellem Verständnis unterstrich. ■



[lc]

Synagogen in Berlin

VK-SCHULUNG IN WÜRZBURG

BETRIEBSGRUPPE BOSCH HOMBURG GEHT AUF REISEN!

Die Vertrauensleute der Betriebsgruppe Bosch Homburg besuchten Würzburg. Im Rahmen einer VK-Schulung des Franz Röhr Bildungswerks nutzen die Kolleginnen und Kollegen der Betriebsgruppe Bosch Homburg ihren Bildungsurlaub, um Würzburg zu erkunden.

Nach Bayern waren die Kolleginnen und Kollegen gekommen, um die Inhalte der ersten Vertrauensleute Schulung vermittelt zu bekommen. Den passenden Rahmen für eine gelungene Veranstaltung bot die Kolping-Akademie in der Würzburger Altstadt. Die Themen waren Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit, Arbeitsrecht I., Betriebsbegriff I., Tarifvertragsrecht I., sowie aktuelle Rechtsprechung.

Der letzte Punkt führte die Kolleginnen und Kollegen auch in das Arbeitsgericht Würzburg. An diesem Tag konnten erste Erfahrungen aus dem theoretischen Teil der Ausbildung zur Anwendung kommen. Allgemein sprachen sich die Kollegen über den Besuch des Arbeitsgerichtes positiv aus und erklärten einstimmig hier interessante Erfahrungen gemacht zu haben.

Am Dienstagabend brach die Gruppe zum geführten Stadtrundgang auf. Der Referent Sebastian Scheder bot einen kenntnisreichen Vortrag und tiefe Einblicke in die Geschichte seiner Heimatstadt. Nach kurzer Regenpause im Ratskeller, welcher als Tankstopp von der Gruppe genutzt wurde, führte der Stadtrundgang von der Mainbrücke über den St. Killians-Dom, das Lusamgärtchen bis zum Bürgerspital zum Hl. Geist, in dem bei gutem Wein der Tag ausklingen konnte.

Die Woche Bildungsurlaub verging schnell und am Ende waren die Teilnehmer einig eine interessante Woche im bayrischen Würzburg genossen zu haben. Die Referenten Sebastian Scheder und Karsten Ristow wünschten der Gruppe einen guten Heimweg und viel Spaß beim Anwenden der erlernten Grundlagen. ■

[kr]



VERTRAUENSLEUTE-SCHULUNG IN SIEGBURG

TOLLE TAGUNGSATMOSPHERE

Bei der Vertrauensleuteschulung in Siegburg erwartete die Teilnehmenden in toller Tagungsatmosphäre ein vielseitiges Programm. Besonders die CGM internen Inhalte waren von großem Interesse.



Vom 16. Bis 18. Oktober 2024 fand im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) in Siegburg eine Grundschulung für Vertrauensmänner und -frauen (VK I) statt. Die aufgrund einiger krankheitsbedingter Ausfälle nur vier Teilnehmer große Gruppe widmete sich den Themen Tarifvertragsrecht, Arbeitsrecht, Mitbestimmung, dem Betriebsbegriff, dem Bereich CGM-Satzung und Statuten, sowie Grundlagen in Kommunikation und Rhetorik.



Die Teilnehmer der Schulung

Im letztgenannten Bereich wurde ausführlich aufgezeigt, wie man sein eigenes Anliegen möglichst präzise artikulieren und final auch durchzusetzen kann. Darüber hinaus übten die Teilnehmer die Rede auf einer Betriebsversammlung durch einen Wortbeitrag vor den Anwesenden. Referent Constantin Ortseifer verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es „die perfekte Rede“ nicht gibt und Erscheinungen wie Lampenfieber völlig normal sind. Schließlich geben auch Hollywoodstars und geübte Talkmaster häufig zu Protokoll, dass nach wie vor sie vor jedem neuerlichen Auftritt nervös sind.

Neben den rechtlichen und historischen Informationen, die in Themenbereichen wie Tarifvertragsrecht I, Arbeitsrecht I etc. vermittelt wurden, nahmen die Teilnehmer vor allem die im Bereich CGM-Satzung und Statuten vermittelten Inhalte mit Freude zur Kenntnis. Denn hier gab es die Gelegenheit, zahlreiche gewerkschaftsinterne Informationen zu erfahren.

Ein großes Lob spricht die Gruppe auch den Mitarbeitern des KSI aus, die allzeit freundlich und zugewandt waren. Der exzellente Service des Hauses, sowie die allzeit angenehme Tagungsatmosphäre in modernen Räumlichkeiten blieb somit ebenso bleibend in Erinnerung. ■

[co]

Impressum



DGZ Deutsche Gewerkschafts-Zeitung

Magazin der Christlichen Gewerkschaften

Christliche Gewerkschaft Metall (CGM)

Vorsitz: Sebastian Scheder
Postfach 70 01 51
70571 Stuttgart
Tel.: 0711 2484788-0
Fax: 0711 2484788-21
www.cgm.de
info@cgm.de

Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (CGDE)

Vorsitz: Rudolf Bruns
Ursulinenstraße 63a
66111 Saarbrücken
Tel.: 0681 92728-50
Fax: 0681 92728-43
www.cgde.de
cgde@cgm.de

Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (Union Ganymed)

Vorsitz: Rainer Burgunder
Bürgerstraße 15
47057 Duisburg
Tel.: 0203 23447
Fax: 0203 287644
info@union-ganymed.de

Christliche Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (CGBCE)

Vorsitz: Werner Benedix
Ursulinenstraße 63a
66111 Saarbrücken
Tel.: 0681 92728-10
Fax: 0681 92728-43
www.cgbce.org
info@cgbce.org

Beschäftigtenverband Industrie, Gewerbe, Dienstleistung (BIGD)

Vorsitz: Günter Eickmeier
Bürgerstraße 15
47057 Duisburg
Tel.: 0203 23447
Fax: 0203 287644
BIGD@cgm.de

Herausgeber

Christliche Gewerkschaft Metall
f.d. gf. HV Sebastian Scheder
Jahnstraße 12
70597 Stuttgart
Tel.: 0711 2484788-0 | Fax: -21
info@cgm.de
www.cgm.de

Redaktion

Ulrich Bösl (ub)
Leonardo Chiarelli (lc)
Constantin Ortseifer (co)
Daniel Flaccus (df)
Nicole Heinkele (nh)
Daniel Horvath (dh)
Anne Kiesow (ak)
Karsten Ristow (kr)
Henning Roeders (hr)
Martin Rott (mr)
Peter Rudolph (pr)
Robert Sommer (rs)
Sebastian Scheder (sche), rechtlich für den Inhalt verantwortlich

Vertrieb DGZ
info@cgm.de

Anschrift der Redaktion

DGZ-Magazin
Postfach 70 01 51
70571 Stuttgart
Tel. 0711 2484788-28
Fax 0711 2484788-21
E-Mail: dgz@cgm.de
www.dgz-magazin.de
ISSN 1434-1581

Gestaltung

ARTinspire
Industriestraße 70
33120 Hiddenhausen
www.artinspire.de

Druck

W. Kohlhammer
Druckerei GmbH & Co. KG

Fotos

DGZ-Redaktion
Pressefotos
Adobe Stock

Erscheinung

Die DGZ erscheint viermal jährlich im Eigenverlag der Christlichen Gewerkschaft Metall, Stuttgart. Der Bezugspreis beträgt jährlich 12 Euro zzgl. Zustellgebühr (für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten).

Redaktionsschluss:
24.01.2025 – 12 Uhr

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Die Redaktion entscheidet nach Einsendeterminum und Aktualität über die Veröffentlichung der Artikel in der aktuellen oder darauf folgenden Ausgabe.

Werden Sie Mitglied

Aufnahmeantrag



Formular abtrennen und an Ihre Geschäftsstelle schicken: per Fax, per Post oder einfach direkt abgeben.

* = Pflichtfeld

Bitte **gut leserlich** ausfüllen und an info@cgm.de senden oder gleich online ausfüllen unter www.cgm.de/aufnahmeantrag

Anrede* Frau Herr Divers

Name* Vorname*

Geburtsdatum* Familienstand* Kinder*

Straße*

PLZ, Ort*

Telefon E-Mail*

Berufsstand* Beschäftigte*r Auszubildende*r Rentner*in
 Ferienarbeiter*in Schüler*in/Student*in FSJ/BFD

Arbeitgeber* Standort*

Beruf

Krankenkasse

Übertritt von Mitglied derselben seit

Werber

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Satzung der Christlichen Gewerkschaft Metall zur Kenntnis genommen zu haben. Die Satzung ist unter www.cgm.de/satzung einsehbar.

* *
Ort, Datum Unterschrift

Mitgliedsart und -beitrag

Informationen zu den Mitgliedsarten entnehmen Sie bitte der aktuellen Beitrags- und Leistungsordnung.

CGM für Arbeitnehmer (mind. 22 €) Young & Safe (mind. 6€)
 CGM für Rentner (mind. 8 €) Young & Free (0 €)

Meine Beiträge in Höhe von€/Monat sollen ab

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

von folgendem Konto abgebucht werden:

Kontoinhaber (Vorname, Name)*

IBAN*

SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich widerruflich die Christliche Gewerkschaft Metall mit Hauptsitz in 70597 Stuttgart, Jahnstr. 12, meinen Mitgliedsbeitrag mittels SEPA-Basislastschrift mit der **Gläubiger-ID DE24ZZ00000507720** einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CGM auf mein Konto gezogene Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenznummer wird durch die CGM-Geschäftsstelle vergeben. Mandatsart: wiederkehrend

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Ich bin davon unterrichtet, dass die CGM die entsprechenden Daten zu meiner Person unter Beachtung des Datenschutzes speichert.

* *
Ort, Datum Unterschrift Kontoinhaber

Datenschutz

Hiermit weisen wir gemäß EU-DSGVO darauf hin, dass zum Zweck der Mitgliederverwaltung Ihre angegebenen Daten in automatisierten Dateien gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.cgm.de/datenschutzerklaerung

Hiermit stimme ich der Datenschutzverordnung zu*:

* *
Ort, Datum Unterschrift

CGM

Persönlich. Menschlich. Nah.

Wir schützen dich, auch nach Feierabend!

Mit unserer **Freizeitunfall-Versicherung**,
die in deiner Mitgliedschaft automatisch enthalten ist.

Mehr infos?
Einfach QR-Code scannen!

